

Unterrichtung

durch die deutsche Delegation in der Parlamentarischen Versammlung der NATO

51. Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung der NATO vom 11. bis 15. November 2005 in Kopenhagen, Dänemark

Inhaltsverzeichnis		
	Seite	
Teilnehmer der deutschen Delegation	1	<i>Abgeordneter Kurt Bodewig (SPD), Frau Helga Daub (FDP), Frau Monika Heubaum (SPD), Abgeordneter Robert Hochbaum (CDU/CSU), Abgeordneter Gerd Höfer (SPD), Abgeordneter Lothar Ibrügger (SPD), Abgeordneter Thomas Kossendey (CDU/CSU), Abgeordneter Dr. Karl A. Lamers (CDU/CSU), Abgeordnete Ursula Mogg (SPD), Herr Erwin Marschewski (CDU/CSU), Abgeordneter Winfried Nachtwei (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN), Abgeordneter Ruprecht Polenz (CDU/CSU), Abgeordneter Hans Raidel (CDU/CSU), Herr Helmut Rauber (CDU/CSU), Abgeordneter Kurt J. Rossmanith (CDU/CSU), Frau Marianne Tritz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Abgeordneter Andreas Weigel (SPD), Frau Verena Wohleben (SPD).</i>
Ablauf der Tagung	1	
Politischer Ausschuss (PC)	2	
Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit (DSC)	5	
Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit (ESC)	9	
Ausschuss für die Zivile Dimension der Sicherheit (CDS)	12	
Ausschuss für Wissenschaft und Technologie (STC)	16	
Ständiger Ausschuss (SC)	19	
Plenarsitzung	21	
Entschließungen	24	
Erklärungen	39	

Die 51. Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung der NATO (NATO-PV) fand vom 11. bis 15. November 2005 in Kopenhagen, Dänemark, statt.

Teilnehmer der deutschen Delegation

Der Deutsche Bundestag und der Bundesrat entsandten die folgende Delegation:

Deutscher Bundestag:

*Abgeordneter Markus Meckel (SPD), Leiter der Delegation,
Abgeordneter Uwe Karl Beckmeyer (SPD),*

Bundesrat:

Staatsminister Volker Bouffier (CDU), Hessen, Delegationsleiter;

Minister Klaus-Jürgen Jeziorsky (CDU), Sachsen-Anhalt,

Senator Thomas Röwekamp (CDU), Bremen.

Ablauf der Tagung

Die Sitzungen der Ausschüsse fanden am 12. und 13. November 2005 statt. Das Plenum tagte am 15. November 2005.

Die Eröffnungsrede der Plenarsitzung hielt der Präsident der Parlamentarischen Versammlung der NATO, **Pierre Lellouche** (Frankreich). Es folgten Ansprachen des Premierministers von Dänemark, **Anders Rasmussen**, des Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Weißrusslands (Narodnaja Hramada), **Stanislau Schuschkewitsch**, des Ministers für Europäische und Euro-Atlantische Integration Georgiens und früheren Leiters der georgischen Delegation in der NATO PV, **Giorgi Baramidze**, des Generalsekretärs der NATO und Vorsitzenden des Nordatlantischen Bündnisses, **Jaap de Hoop Scheffer**, und des Premierministers der Türkei, **Recep Tayyip Erdogan**.

Politischer Ausschuss (PC)

Der Politische Ausschuss tagte am 12. und 13. November 2005 unter dem Vorsitz des Abg. **Markus Meckel** (Deutschland).

I. Überblick über die Tagesordnung und Themen

Im Mittelpunkt der Beratung stand die Reform der NATO. Während die Vereinigten Staaten die europäischen Verbündeten zu höheren Ausgaben für die Verteidigungspolitik aufforderten, verwiesen diese auf Haushaltszwänge. Weitere Themen waren der Kampf gegen den Terrorismus und die Beseitigung von nationalen Vorbehalten in gemeinsamen Missionen. Darüber hinaus erörterten die Delegierten die Frage des iranischen Atomprogramms sowie die Zukunft Weißrusslands und des Kosovo.

II. Vortrag von Botschafter Kai Eide, Sonderbeauftragter des VN-Generalsekretärs für das Kosovo und Ständiger Vertreter Norwegens bei der NATO, zum Thema „Die Zukunft des Kosovo“

Nach Auffassung von Botschafter **Kai Eide** sind die Chancen zur Aussöhnung zwischen den Kosovo-Albanern und den Serben sehr gering, da sich deren Ansichten widersprechen. Dies habe unter anderem Auswirkungen auf die Schaffung neuer Institutionen, die zusätzlich durch parteipolitisch orientierte Politiker behindert werde. Während die Gründung der Kosovo-Polizei in der jüngsten Vergangenheit ein Erfolg gewesen sei, habe das Justizsystem nur schwach ausgeprägte Strukturen. Organisierte Kriminalität und Korruption seien die größten Gefahren für die Stabilität des Kosovo, das auf die kontinuierliche Präsenz der internationalen Polizei angewiesen sei. Insgesamt sei die Sicherheitsituation im Kosovo stabil, aber fragil, erklärte der Botschafter. Fortschritte habe es bei der Privatisierung gegeben. Problematisch sei aber nach wie vor, dass zehntausende Eigentumsfragen ungeklärt seien. Auch bliebe die Arbeitslosigkeit hoch und Armut sei weit verbreitet, so Eide. Für die Staatengemeinschaft komme es darauf an, einen ambitionierten Plan zur Dezentralisierung des Kosovo voranzutreiben. Auch wenn es nie einen guten Zeitpunkt für die Diskussion

über den zukünftigen Status der Provinz gebe, profitiere jede Volksgruppe von einer Veränderung des Status quo.

Diskussion

Abg. **Markus Meckel** (Deutschland) stellte die Frage, ob engere Beziehungen zwischen Belgrad und sowohl der EU als auch der NATO von den Verhaftungen der gesuchten Kriegsverbrecher Radovan Karadzic und General Ratko Mladic abhängig gemacht werden sollten. Nach Überzeugung von Senator **George Voinovich** (Vereinigte Staaten) kann die EU die Funktion einer Klammer übernehmen, die die Region zusammenhält. Langfristig sei es unumgänglich, den gesamten Balkan komplett in die euro-atlantischen Strukturen zu integrieren. In seiner Antwort plädierte Botschafter **Eide** dafür, dass NATO und EU ihre Präsenz im Kosovo aufrechterhalten und eine aktivere Rolle der EU anstreben.

III. Vortrag von Mike Haltzel, Leitender außenpolitischer Berater und Bevollmächtigter der Handelsrechtsfirma DLA Piper Rudnick Gray Cary LLP, zum Thema „Herausforderungen für die transatlantische Zusammenarbeit“

Mike Haltzel konstatierte, dass die Außenpolitik von Präsident Bush und einiger europäischer Länder zu einer Verschlechterung der transatlantischen Beziehungen geführt habe. Dennoch beriefen sich Europa und die Vereinigten Staaten nach wie vor auf gemeinsame Werte. Bedenklich sei, dass Veränderungen in der öffentlichen Meinung die Grundlage der transatlantischen Kooperation gefährdeten. So habe eine Studie des German Marshall Fund einen Rückgang der gegenseitigen Sympathiewerte festgestellt. Haltzel zeigte sich dennoch davon überzeugt, dass zentrale sicherheitspolitische Herausforderungen nur durch eine Zusammenarbeit der Vereinigten Staaten mit Europa bewältigt werden könnten.

Diskussion

Senator **Lamberto Dini** (Italien) äußerte Zweifel, dass die Vereinigten Staaten die Welt im Alleingang führen könnten. Seiner Überzeugung nach sind Mandate des VN-Sicherheitsrates für militärische Aktionen unerlässlich. Auf eine Frage von Abg. **Markus Meckel** (Deutschland) zu möglichen Auswirkungen der kürzlich geschaffenen Europäischen Verteidigungsagentur (EDA) erklärte **Haltzel**, man müsse vorsichtig sein bei der Schaffung neuer zusätzlicher Institutionen. Die Vereinigten Staaten würden die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) begrüßen, wenn sie dazu diene, die militärischen Kapazitäten zu erhöhen. Die Vereinigten Staaten würden aber die NATO weiterhin als ihre zentrale Verbindung zu Europa ansehen. Daher sei alles, was die NATO schwäche, schlecht für Europa und die Vereinigten Staaten, betonte Haltzel. Die globale Erwärmung bezeichnete er als eine Bedrohung nichtmilitärischer Art, der die transatlantischen Partner entschiedener entgegenzutreten müssten. Leider seien die amerikanischen Vorschläge zur

Verbesserung des Kyoto-Protokolls von den Europäern abgelehnt worden. Dennoch wünscht sich Haltzel, die Vereinigten Staaten würden sich dem Kyoto-Protokoll anschließen. Es seien jedoch darüber hinausgehende Maßnahmen nötig, um dem Klimawandel effektiv entgegen zu wirken.

IV. Vortrag von Stephen Stedman, Professor für Politikwissenschaft, Senior Fellow am Center for International Security and Co-operation (CISAC) und am Freeman Spogli Institute for International Studies (FSI), Stanford University, zum Thema „Die Reform der Vereinten Nationen“

Bis auf die Fragen der Nichtverbreitung von Nuklearwaffen und der Zukunft des Sicherheitsrates sei die unlängst beschlossene Reform der Vereinten Nationen (VN) insgesamt positiv einzuschätzen, so **Stephen Stedman**. Insgesamt sei es auch mehr um eine Transformation als um eine wirkliche Reform-Agenda gegangen. Aber auch diese sei sehr ehrgeizig in Zeiten, in denen die Mitglieder der VN über Sicherheitsfragen sehr zerstritten seien. Die meisten Fortschritte habe es auf dem Gebiet der internationalen Friedens- und Sicherheitspolitik gegeben. So sei die nationale Souveränität nicht länger sakrosankt, da sich die Regierungen dazu verpflichtet hätten, ihre Bürger und deren Rechte zu achten und zu beschützen. Bei Versagen habe die internationale Gemeinschaft das Recht, ja die Pflicht zum Eingreifen. Damit habe der VN-Generalsekretär größere Möglichkeiten, in Bürgerkriegen zu vermitteln. Außerdem sei der Terrorismus zum ersten Mal ohne Einschränkung verurteilt worden.

Diskussion

Für eine verstärkte Kooperation der VN mit der NATO sprach sich Abg. **Bert Koenders** (Niederlande) aus. Die NATO PV könne einen Beitrag zur Erarbeitung der Haltung der Staaten herausarbeiten, die die Vorstöße zur Nichtverbreitung von Nuklearwaffen abgelehnt haben (Ägypten, Iran und die Vereinigten Staaten).

V. Vortrag von Peter Viggo Jakobsen, Leiter der Abteilung für Konflikt- und Sicherheitsstudien des dänischen Instituts für internationale Studien, zum Thema „Die VN-Peacekeeping-Operationen und die Folgen für die Kooperation der NATO mit der VN – aus dänischer Sicht“

Nach Auffassung von **Peter Viggo Jakobsen** ist es für die Allianz wichtiger, mit den VN zu kooperieren als mit der EU. Die beiden Organisationen seien „die perfekten Partner“. Die Fähigkeiten der NATO, die die Krisenreaktionskräfte sowie logistische und Geheimdienstkapazitäten umfassten, seien genau das, was die VN brauchen. Die NATO benötige Legitimität, Kenntnisse vor Ort und zivile Expertise, die wiederum die VN liefern könnte. Im Gegensatz dazu stünden NATO und EU im Wettbewerb zueinander. Da die EU ihre eigene Rolle suche, sei eine

Auseinandersetzung über Missionen, Mittel und Fähigkeiten unausweichlich. Ohne große Anstrengungen laufe die NATO Gefahr, auf dem Gebiet der Sicherheits- und Verteidigungspolitik von der EU überholt zu werden.

Diskussion

Dem widersprach Abg. **Bart van Winsen** (Niederlande), der auf die vielen Anpassungen und Reformen der NATO nach dem Ende des Kalten Krieges hinwies. Abg. **Marit Nybakk** (Norwegen) stellte die Frage, wie die Stabilisierungskräfte der VN mit Regional-Organisationen wie der NATO und der EU kooperieren könnten. Nach Auffassung von **Jakobsen** sind die 70 000 Blauhelme der Weltorganisation bereits überlastet, da die Industrienationen nicht bereit seien, weitere Truppen zur Verfügung zu stellen. Die Zusammenarbeit der beiden Organisationen sei darüber hinaus wichtig, da die VN auf absehbare Zeit keine militärischen Kapazitäten zur Friedenserzwingung erhalten würden. Außerdem werde es in absehbarer Zukunft keine wirkliche europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik geben.

VI. Generaldebatte

In seinen einleitenden Bemerkungen zur Generaldebatte erklärte der Ausschussvorsitzende Abg. **Markus Meckel** (Deutschland), fünf Themen stünden derzeit auf der Tagesordnung. Diese seien die Kooperation der NATO mit der Ukraine, die Beziehungen der NATO zu den Ländern des südlichen Kaukasus, die EU und das Waffenembargo gegen China, die institutionellen Fähigkeiten der NATO zum *nation building* und der Vorschlag von Präsident Pierre Lellouche (Frankreich), eine hochrangige Arbeitsgruppe zur Reform der NATO einzurichten. Die europäischen Länder hätten das Problem, nicht mehr Geld für die Verteidigung ausgeben zu können. Auch die neue Große Koalition in Deutschland werde nicht in der Lage sein, das Verteidigungsbudget zu erhöhen. Die Aufgabe der Parlamentarier sei es, darauf hinzuwirken, dass die vorhandenen Gelder sinnvoller für gemeinschaftliche Projekte in Europa verwendet würden. Die Europäer müssten ihre Fähigkeit beweisen, gemeinsam zu handeln. Für Abg. **Bert Koenders** (Niederlande) kommt es vor allem darauf an, der zunehmenden Bürokratisierung der NATO entgegenzuwirken. Das Bild in der Öffentlichkeit könne z. B. dadurch verbessert werden, dass die Sitzungen des Nordatlantikrates transparenter werden. Darüber hinaus gehe es darum, die nationalen Vorbehalte bei NATO-Missionen zu reduzieren. Er rief den Ausschuss dazu auf, die Empfehlungen der Versammlung politischer zu gestalten und somit ihre Aussagekraft zu steigern.

Abg. **Bart van Winsen** (Niederlande) sprach sich dafür aus, Bosnien und Herzegowina in das PfP-Programm (Programm „Partnerschaft für den Frieden“) der NATO aufzunehmen. Die Versammlung solle sich konkrete Gedanken darüber machen, welche Schritte notwendig seien, um die Aufnahme des Landes in das PfP-Programm zu fördern. Abg. **Slobodan Casule** (Mazedonien) betonte die Notwendigkeit, die Region Südosteuropa in

der NATO zu Wort kommen zu lassen. Dies sei wichtiger, als die NATO in die Region zu rufen. Er warnte die internationale Gemeinschaft davor, dem Kosovo einen neuen Status ohne Achtung des internationalen Rechtes aufzuzwingen.

VII. Beratung des Generalberichtsentwurfes „Sicherung der Rolle und der Relevanz der NATO“, vorgelegt von Generalbericht-erstatte Abg. Bert Koenders (Niederlande)

Generalberichterstatter **Bert Koenders** forderte eine weitere Transformation des Bündnisses, um die Rolle und Relevanz der NATO für die Zukunft zu sichern. Neben der Anpassung der existierenden Strukturen und Prozesse gehe es auch darum, bestehende Denkansätze zu sicherheitspolitischen Fragen zu überdenken. Der Erfolg hänge davon ab, ob die militärischen Kapazitäten ausgebaut werden können und ob es gelinge, eine wirkliche Debatte unter Gleichgestellten zu führen. Die Arbeit des Nordatlantikrates müsse so gestaltet werden, dass das Gremium zu einem wirklichen Forum über transatlantische sicherheitspolitische Fragen werde. Ein weiteres Ziel müsse die Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit des Bündnisses sein, um den Bevölkerungen die Bedeutung der NATO näher zu bringen. Beispielsweise müssten Parlamente größere Anstrengungen unternehmen, die neuen Aufgaben der NATO-Krisenreaktionskräfte zu erläutern. Da die Allianz in zunehmendem Ausmaß global agieren werde, müsse der Konfliktprävention eine größere Rolle eingeräumt werden. Es komme darauf an, die Instrumente auf diesem Gebiet auszuweiten. Darüber hinaus setzte der Berichterstatter sich dafür ein, die Beziehungen zu Afrika, der Afrikanischen Union (AU) sowie zu den VN auszuweiten.

Diskussion

Senator **George Voinovich** (Vereinigte Staaten) schlug vor, ein Grundlagenpapier zu der Beziehung der Versammlung zur Regierungsorganisation NATO zu erarbeiten. Er betonte die Unterstützung der Vereinigten Staaten für die NATO, rief aber gleichzeitig die Europäer dazu auf, ihren finanziellen Verpflichtungen bei den Verteidigungsausgaben in Höhe von zwei Prozent des Bruttoinlandproduktes (BIP) nachzukommen. Der Ausschussvorsitzende, Abg. **Markus Meckel** (Deutschland), räumte Versäumnisse der NATO-Verbündeten bei den Verteidigungsausgaben ein. Er sei aber nicht sehr optimistisch, dass Deutschland kurzfristig seine Militärausgaben erhöhen könne. Die Europäer sollten das vorhandene Geld geschickter einsetzen, eine bessere Arbeitsteilung erarbeiten sowie die nationalen Vorbehalte abschaffen, schlug er vor. Generalberichterstatter **Bert Koenders** (Niederlande) erinnerte daran, dass Fortschritte sowohl bei der gemeinsamen Beschaffung als auch bei den Verteidigungsinvestitionen unumgänglich seien. Die Verbündeten sollten sich eher auf die Ergebnisse konzentrieren und nicht starr den Blick auf die nominellen Verteidigungsausgaben richten.

VIII. Beratung des Berichtsentwurfes des Unterausschusses „Transatlantische Beziehungen“ über „Die NATO und die Sicherheit am Persischen Golf“, vorgelegt von Berichterstatter Abg. Ruprecht Polenz (Deutschland)

Die Region des Persischen Golfes sei für die NATO auf Grund der geografischen Lage, der anhaltenden Instabilität sowie der reichhaltigen Energieressourcen von vitalem, strategischem Interesse, erklärte Berichterstatter **Ruprecht Polenz**. Die Region verfüge über ungefähr 60 Prozent der weltweiten Ölreserven. Die Istanbul-Kooperationsinitiative (ICI) sei ein gutes Beispiel für die Bemühungen des Bündnisses, eine aktivere Rolle in der Region zu spielen. Nach Auffassung des Berichterstatters müsse die ICI weiter entwickelt und dabei dem politischen und sicherheitspolitischen Dialog mit den angrenzenden Staaten eine besondere Rolle eingeräumt werden. Aufgabe der NATO sei es, den Ländern der Region bei dem Aufbau neuer kollektiver Sicherheitsmechanismen zu helfen. Nach Auffassung des Berichterstatters sollten sich die NATO-Mitglieder auf eine gemeinsame Politik gegenüber dem Iran und seinem Atomanreicherungsprogramm einigen. Der NATO-Rat sei das ideale Instrument, um eine solche Politik zu koordinieren. Es gehe darum, den Iran von der Aufgabe des Nuklearprogramms zu überzeugen und gleichzeitig die legitimen Sicherheitsinteressen des Landes anzuerkennen. Es müsse jedoch klar sein, dass die Diskussionen des NATO-Rates lediglich über diplomatische und eventuell wirtschaftliche Maßnahmen geführt werden können. Militärationen, vor allem ein präventiver Schlag, kämen nicht in Frage.

Diskussion

Abg. **Paul Keetch** (Vereinigtes Königreich) warnte davor, das Atomwaffenprogramm des Iran zu einem NATO-Thema zu machen. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sei die Angelegenheit ein Thema für die VN. Senator **Gordon Smith** (Vereinigte Staaten) verwies auf die „weltweite Nachfrage“ nach militärischem Eingreifen durch die Vereinigten Staaten. Die NATO-Verbündeten müssten ihre Verteidigungshaushalte erhöhen und somit den amerikanischen Steuerzahler entlasten. Auch Europa habe großes Interesse am Irak und an der Entwicklung im Iran. Er warnte davor, gegenüber Teheran eine Politik der Beschwichtigung zu betreiben, da die Vereinigten Staaten nicht tatenlos der Vernichtung Israels zusehen würden. Mögliche Waffenverkäufe der Europäer an China bezeichnete Smith als einen „feindlichen Akt“.

IX. Beratung des Berichtsentwurfes des Unterausschusses „NATO-Partnerschaften“ über „Die Sicherheitszusammenarbeit von NATO und EU“, vorgelegt von Berichterstatter Abg. Marco Minniti (Italien)

Die EU und NATO müssen ihre Konsultationen zu Sicherheitsfragen auf allen Ebenen vertiefen, um die Zusammenarbeit in den Schlüsselregionen wie dem Kosovo, Afghanistan, Irak und dem südlichen Kaukasus zu

verbessern. Beide Organisationen sollen sich verstärkt um gemeinsame militärische Übungen bemühen, um insbesondere in der Konfliktnachbereitung und in der Katastrophenhilfe die Bemühungen besser koordinieren zu können, so Berichterstatter **Marco Minniti**. Mit entsprechenden Rahmenvereinbarungen könne es beiden Organisationen gelingen, insbesondere in den Regionen des südlichen Kaukasus, dem Mittelmeer und Afghanistan unnötige Duplikationen zu verhindern und die Komplexität zu steigern.

Diskussion

Abg. **Ioannis Papantoniou** (Griechenland) schlug die Bildung einer Ad hoc-Gruppe für die Koordination beider Organisationen und die Bildung einer hochkarätigen Gruppe vor, die einen Bericht an die Regierungen über die Beziehungen beider Institutionen verfassen solle. Abg. **Bart van Winsen** (Niederlande) warnte die EU davor, sich hauptsächlich um sich selbst zu kümmern. Die ESVP müsse in die Lage versetzt werden, einen größeren Beitrag zum Kampf gegen den Terrorismus zu leisten. Auch nach Auffassung des Berichterstatters **Marco Minniti** muss die EU den Kampf gegen den Terrorismus intensivieren. Seiner Meinung nach ist er eine vordringliche Aufgabe der Konfliktprävention, um dem Balkan im Rahmen der EU eine langfristige Perspektive zu geben.

X. Entschließungen

a) Entschließung 341 betreffend „Die Umwandlung der NATO und die Zukunft der Allianz“, vorgelegt von Abg. Bert Koenders (Niederlande)

Mit dieser Entschließung fordert der Politische Ausschuss verbesserte militärische Kapazitäten. Die Parlamentarier rufen die Regierungen und die nationalen Parlamente dazu auf, eine Debatte über eine politischere Rolle der NATO zu führen. Weiter geht es darum, die nationalen Vorbehalte im Interesse gemeinsamer Operationen zu minimieren. Mit dieser Entschließung ruft Abg. Bert Koenders (Niederlande) dazu auf, die Beiträge zu den NATO-Operationen an die politischen Zusagen anzupassen.

Infolge eines Änderungsantrages von Abg. **Markus Meckel** (Deutschland) nahm der Ausschuss folgende Forderung in die Empfehlung auf: „Die Versammlung ruft die nationalen Regierungen und die nationalen Parlamente dazu auf, die Vor- und Nachteile von verschiedenen Finanzierungsmodalitäten für gemeinsame Operationen umfassender zu prüfen, um eine fairere Verteilung der Lasten unter den Alliierten zu erreichen.“

b) Entschließung 342 betreffend „Kosovo“, vorgelegt von Abg. Bert Koenders (Niederlande) und Abg. Marco Minniti (Italien)

Mit dieser Entschließung ruft der Ausschuss die Regierungen und die nationalen Parlamente dazu auf, im Kosovo die militärische Präsenz der internationalen Gemeinschaft so lange aufrechtzuerhalten, wie es die Situa-

tion vor Ort verlangt. Darüber hinaus gehe es darum, die gesamte Region in die euro-atlantischen Strukturen zu integrieren und die Kooperation mit dem Internationalen Gerichtshof für das ehemalige Jugoslawien zu sichern. Ziel der Verhandlungen zwischen Kosovaren und Serbien und Montenegro sei eine institutionelle Vereinbarung, die eine stabile multiethnische Gesellschaft in Kosovo schaffen kann.

Auf Initiative von Abg. **Markus Meckel** (Deutschland) wurden Änderungsanträge in die Entschließung aufgenommen. So werden mit der Entschließung ausdrücklich die Bedeutung der kontinuierlichen, internationalen Präsenz betont sowie die Bedeutung des Schutzes von Minderheiten und der Implementierung von Standards hervorgehoben.

c) Entschließung 343 betreffend „Weißrussland“, vorgelegt von Abg. Markus Meckel (Deutschland) und Abg. Bert Koenders (Niederlande)

Der Ausschussvorsitzende Abg. **Markus Meckel** (Deutschland) gab vor Verabschiedung der Entschließung **Svjetlana Zavadskaja**, der Frau eines in Weißrussland vermissten Journalisten, das Wort. Sie rief die Parlamentarier dazu auf, den Kontakt zu den offiziellen Regierungsvertretern des weißrussischen Regimes zu vermeiden, da viele Regierungsvertreter in Kriminalität und die Beseitigung von politischen Oppositionellen und Journalisten verwickelt seien.

Der Ausschuss ruft die weißrussischen Behörden mit der Entschließung dazu auf, die im Rahmen der OSZE eingegangenen Verpflichtungen zur Einhaltung der Menschenrechte und zum Aufbau von demokratischen Strukturen einzuhalten. Von den NATO-Mitgliedstaaten sollten unabhängige Initiativen unterstützt werden, die auf die Entwicklung eines zivilen Sektors hinarbeiteten. Generell komme es darauf an, die Kontakte verschiedener Nichtregierungsorganisationen (NROs) in- und außerhalb Weißrusslands sowie die Kontakte des Landes zu den westlichen Nachbarstaaten zu stärken. Außerdem sollten Medien unterstützt werden, die unvoreingenommen und außerhalb des Berichterstattungsmonopols der Regierung über die Belange in Weißrussland berichteten.

Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit (DSC)

Der Ausschuss tagte am 12. und 13. November 2005 unter dem Vorsitz von Abg. **Joel Hefley** (Vereinigte Staaten).

I. Überblick über die Tagesordnung und Themen

Hauptthemen der Beratungen waren die Verstärkung der gemeinschaftlichen Finanzierung (*common funding*) von NATO-Operationen, nationale Vorbehalte bei den Einsätzen, die Situation in Afghanistan und Kosovo sowie die Fortschritte bei der Erfüllung der Prager Verpflichtungen.

II. Vortrag des Zivilen NATO-Beauftragten in Afghanistan, Minister Hikmet Çetin, zum Thema „Die NATO in Afghanistan nach den Bonner Vereinbarungen“

Minister **Hikmet Çetin** erklärte, in Afghanistan sei die erste Wahl seit 36 Jahren zumeist friedlich verlaufen. Unter den 6,8 Millionen Wählern am 18. September seien 43 Prozent Frauen. Dies sei insbesondere angesichts einer massiven Kampagne der Taliban gegen die Beteiligung von Frauen bemerkenswert. Das Wahlergebnis werde in den nächsten Tagen erwartet. Das Parlament werde im Hinblick auf seine Zusammensetzung eine echte Vertretung der Bevölkerung sein. Zurzeit entwerfe das Parlamentssekretariat eine Geschäftsordnung und befasse sich mit verschiedensten Maßnahmen bis hin zum Alphabetisierungstraining für Abgeordnete, die nicht lesen können. Die neue Regierung müsse Reformen einleiten. Nach der Wahl habe *Al Kaida* in Afghanistan keine solide Basis mehr, und die Zahl terroristischer Aktivitäten gehe zurück.

Anschließend ging Çetin auf die Reform des Sicherheitssektors ein, bei der verschiedene Länder Hilfe leisten: die Polizeireform werde von Deutschland maßgeblich unterstützt, die Militärreform von den Vereinigten Staaten, die Justizreform von Italien, Entwaffnungsmaßnahmen durch Japan und der Antidrogenkampf durch das Vereinigte Königreich. Hier seien unterschiedliche Fortschritte zu verzeichnen. Die NATO habe zur Erweiterung der Mission der Internationalen Sicherheitsbeistandstruppe der NATO (ISAF) regionale Wiederaufbauteams (PRTs) gewählt, wobei das Ergebnis teilweise kritisiert werde. Die Anstrengungen zum Wiederaufbau müssten die sozio-ökonomische Lage erfassen, die besonders weit hinter der politischen Entwicklung zurückbleibe. Es gebe grundlegende Mängel bei der Infrastruktur, wie z. B. Mangel an trinkbarem Wasser. Die Bonner Vereinbarung von 2001 laufe mit der Wahl aus, aber die Internationale Gemeinschaft habe weiterhin eine Rolle zu spielen. Alle Bereiche wie Wirtschaft, Verteidigung etc. seien miteinander vernetzt und die NATO solle sich im Nach-Bonn-Prozess auch auf politischer Ebene engagieren. ISAF müsse effektiver und die Zusammenarbeit zwischen ISAF und der Operation *Enduring Freedom* verstärkt werden. Ein Operationsplan gegen Drogenhandel und Terrorismus müsse verabschiedet werden. Die Reform des Sicherheitssektors sei in allen Bereichen wichtig. Die PRT-Operationen müssten standardisiert werden. Ferner sprach er sich für mehr Gemeinschaftsfinanzierung bei den NATO-Operationen aus und für die Reduzierung nationaler Vorbehalte, die ein maßgebliches Problem darstellen. Die Stellung des Zivilen Beauftragten solle gestärkt werden. Zum Engagement in Afghanistan gebe es keine Alternative, sagte er und zitierte mit Blick auf die Bedrohungen durch Drogenhandel, terroristische Anschläge etc. den NATO-Generalsekretär: „Wenn wir nicht nach Afghanistan gehen, kommt Afghanistan zu uns.“

Diskussion

In der anschließenden Diskussion fragte **Helmut Rauber** (Deutschland) nach dem Drogenanbau und seiner Bedeu-

tung für die Situation des Landes. Minister **Çetin** antwortete, die Bedeutung sei hoch, da hier eine Quelle für Kriminalität und Instabilität liege. Mehr als 30 Prozent der Wirtschaft hingen am Drogenanbau und man brauche alternative Einkommensmöglichkeiten für die Bauern.

Helga Daub (Deutschland) ging auf die Fortschritte in Afghanistan ein und äußerte gleichzeitig die Befürchtung, dass man sich in eine Falle begeben. Da man sich irgendwann zurückziehen müsse, sei hierfür vielleicht eine Frist nötig. Minister **Çetin** erklärte hierzu, eine solche Terminsetzung berge auch Gefahren. Die internationale Gemeinschaft müsse im Land bleiben, bis Afghanistan auf eigenen Füßen stehe. Auf Fragen nach der Verwendung von Mitteln erläuterte er, dass Korruption und andere Probleme vorhanden seien, aber viele Mittel seien auch in den Straßenbau und andere Projekte geflossen. Es gebe gravierende Mängel, beispielsweise müssen die Schulen im Winter wegen Kälte schließen.

Abg. **Victor Zavarzin** (Russische Föderation) erklärte, man werde in Afghanistan weitere Beiträge leisten. Wichtig sei die Bekämpfung des Drogenproblems. Zwar hätten die Mohnfelder um 21 Prozent abgenommen, aber die Produktion sei verstärkt worden. Man müsse Experten einsetzen und die Aktivitäten mehr koordinieren. Minister **Çetin** bestätigte, dass mehr regionale Kooperation für die Bekämpfung von Drogenhandel und Terrorismus nötig sei.

III. Vortrag des Sondergesandten für den Kosovo des VN-Generalsekretärs und Norwegischen NATO-Botschafters, Kai Eide, zum Thema „Die Zukunft des Kosovo und die Rolle der Internationalen Gemeinschaft“

Botschafter **Kai Eide** befasste sich ausführlich mit der Lage im Kosovo. Es gebe keinen passenden Moment, um die Statusfrage zu lösen. Die Positionen Belgrads und Pristinas lägen hier weit auseinander, der Versöhnungsprozess habe noch nicht begonnen. Allerdings müsse man die Fortschritte vor dem Hintergrund der früheren Situation sehen. 1999 habe es ein vollständiges Vakuum gegeben, das Land habe keine Institution etc. besessen. Heute gebe es diese, wenn sie auch noch nicht ideal ausgestattet seien. Dienste im Grundlagenbereich, wie Gesundheit, Bildung etc., würden angeboten, ebenso Polizeiarbeit, wenn auch z. B. manche schweren Verbrechen nicht richtig angegangen würden. Die Justiz sei sehr schwach, man müsse die Institutionen noch stärken. Ein stetiges Problem seien interethnische Fragen. Insgesamt zeichne sich ein eher düsteres Bild u. a. im Hinblick auf die Problematik des Eigentums, der Sicherheit, des Schutzes religiöser Stätten etc. Mehr Serben reisten aus dem Land aus, als zurückkommen. Trotz der Probleme im Kosovo sprach er sich für den Eintritt in die nächste Phase der Verhandlungen aus, nämlich über den Status des Kosovo. Damit ist verbunden, dass die zunächst gewollte Reihenfolge „Standards vor Status“ nicht vollständig eingehalten werden kann. Er begründete seine Meinung mit dem

Argument, man brauche Klarheit über die zukünftige Ausgestaltung, z. B. wegen Investitionen etc. Auch bei den Status-Verhandlungen müsse man jedoch weiter auf die Implementierung der Standards setzen und dürfe diese nicht aus den Augen verlieren. Die politische Präsenz der EU und der Vereinigten Staaten sei nötig. Abschließend forderte er einen Repräsentanten für den Kosovo.

Diskussion

Abg. **Angelika Beer** (Europäisches Parlament) unterstrich die politische Verantwortung Europas. Der Balkan brauche eine Beitrittsperspektive. Die Situation im Kosovo habe Auswirkungen für andere Regionen wie Mazedonien, Serbien etc. Die EU könne kein militärisches, aber ein polizeiliches Mandat übernehmen. Botschafter **Eide** sprach sich für einen umfassenden Ansatz aus, die Kontaktgruppe müsse erhalten bleiben. Die Verhandlungen würden noch Monate in Anspruch nehmen. Ein russisches Delegationsmitglied sprach sich dafür aus, den Statusprozess parallel zur Normumsetzung einzuleiten. Es dürften keine doppelten Standards gelten. Abg. **Winfried Nachtwei** (Deutschland) fragte, inwieweit Vertreter der organisierten Kriminalität ein Interesse am Ergebnis des Statusprozesses hätten. Zum Thema Minderheiten wollte er wissen, inwieweit die Rückführung von Flüchtlingen noch verantwortbar sei. Bezüglich der Aktivitäten der internationalen Gemeinschaft und der zahlreichen beteiligten Organisationen fragte er, ob es Schritte hin zu mehr Kohärenz gebe. Botschafter **Eide** erklärte, die Verantwortlichen organisierter Kriminalität hätten primär ein Interesse daran, dass eine eher diffuse Situation erhalten bleibe. Enttäuscht zeigte er sich, dass die Völkergemeinschaft eine Reihe von Fällen nicht aufgegriffen habe.

IV. Beratung des Generalberichtsentwurfes über „Out-of-area-Operationen der NATO“, vorgelegt von Generalberichterstatter Abg. Julio Miranda Calha (Portugal)

Generalberichterstatter **Julio Miranda Calha** ging auf den Einsatz in Afghanistan ein, der die erste echte *Out of area*-Mission der NATO bildete, 2004 gefolgt vom Einsatz im Irak. In diesem Zusammenhang aufgetretene grundsätzliche Probleme seien die nationalen Vorbehalte und die Verteilung der Kosten (Stichwort: gemeinschaftliche Finanzierung). Bislang gelte das Prinzip, dass Kosten da getragen werden, wo sie entstehen, was jedoch nicht fair sei. In Afghanistan seien Fortschritte zu verzeichnen. Ein wichtiges Thema sei die Opium-Produktion; er nannte als Schlüsselfrage die alternativen Einkommen für die Erzeuger. Ein weiterer Punkt sei die Einbindung der regionalen Kriegsherren. Die nationale afghanische Armee werde aufgebaut und habe derzeit 25 000 Soldaten, deren Sold erhöht wurde, was die Arbeit attraktiver mache. Anschließend ging er auf die Situation im Irak ein.

Diskussion

In der Diskussion fragte Abg. **Tiny Kox** (Niederlande) nach der Verschmelzung der Operation *Enduring Freedom* und ISAF. Abg. **Jean-Guy Branger** (Frankreich)

fragte nach pragmatischen Schritten zur Verschmelzung der beiden Operationen und forderte, dass die nationalen Restriktionen frühzeitig genannt werden, wenn auch Einschränkungen unvermeidlich bleiben. Es sei falsch, sich nur auf gemeinsame Finanzierung zu verlassen. Es bestehe die Gefahr, dass man sich in Operationen stürze, für die keine Mittel vorhanden seien. Die gemeinsame Finanzierung habe sich bereits verdoppelt und eine Ausweitung führe zu einer Steigerung der Beiträge.

Abg. **Winfried Nachtwei** (Deutschland) erklärte, der Bundestag habe das Recht zur Mitbestimmung bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr. Die Entscheidung zur Fortsetzung von ISAF sei mit 98 Prozent getroffen worden, die zu *Enduring Freedom* mit 90 Prozent. Vor diesem Hintergrund sei wichtig, dass man für die Reduzierung der nationalen Vorbehalte sei und jederzeit deren Offenlegung fordere. Beide Operationen in Afghanistan seien notwendig und bedingten sich gegenseitig. ISAF wirke stabilisierend, habe politisch eine hohe Akzeptanz und verhindere wirksam das Vorrücken terroristischer Aktivitäten. Man könne nur eine allgemeine Bewertung abgeben. Hinzu komme das Problem, dass allgemeines Völkerrecht bei *Enduring Freedom* nicht immer eingehalten werde, eine Verschmelzung könne unter Umständen diese Vorteile zunichte machen. Generalberichterstatter **Julio Miranda Calha** antwortete, nationale Vorbehalte verhinderten in der Tat manchmal die ganze Operation. Zur Verschmelzung meinte er nach Besuch beider Operationen, die PRTs stammten ursprünglich aus *Enduring Freedom*, was eine Nähe beider Operationen belege. Abg. **Sven Mikser** (Estland) stellte infrage, dass die gemeinsame Finanzierung zu mehr Truppen führen könne. Auch andere Abgeordnete sprachen sich für eine Reduzierung der nationalen Vorbehalte und in jedem Fall für Offenlegung aus.

V. Beratung des Berichtsentwurfes des Unterausschusses „Transatlantische Verteidigungs- und Sicherheitszusammenarbeit“ über „Fortschritte bei den Prager Fähigkeitsverpflichtungen“, vorgelegt von Berichterstatter Abg. John Shimkus (Vereinigte Staaten)

In Abwesenheit des Berichterstatters trug Abg. **Ellen Tauscher** (Vereinigte Staaten) den Bericht vor und erläuterte die Fortschritte bei den Prager Verpflichtungen. Beim strategischen Lufttransport würden sich die Gräben durch die europäischen Beiträge verringern. Nicht alle Beteiligten hätten gleiche Kapazitäten, so dass Interoperabilität und ein modulartiger Ansatz besonders wichtig seien. Fortschritte gebe es beim Seetransport zur Unterstützung des Lufttransports. Als weiteren Bereich nannte sie Beratung, Kommando und Kontrolle, in deren Mittelpunkt die sichere Kommunikation stehe. Das C4ISR-System (*Command, Control, Communications, Computers, Intelligence, Surveillance and Reconnaissance*) lasse hier die Sorgen geringer werden. Als wichtigste Entwicklung nannte sie das „Helios 2“-Satellitensystem, das mit einer Infrarotfähigkeit Bewegung in der Dunkelheit ausmachen

und eine höhere Zahl von Bildern übermitteln kann. Im Hinblick auf die Verteidigungsausgaben gebe es keinen allgemeinen Rückgang, aber der Anteil der Personalkosten sei mit durchschnittlich über 50 Prozent zu hoch. Sie forderte die Parlamentarier auf, sich dafür einzusetzen, dass Haushaltsmittel für Verteidigung nicht sachfremd eingesetzt werden. Zusammenfassend stellte sie fest, dass es Fortschritte gebe, die allerdings nicht ausreichen.

VI. Vortrag von Robert Bell, Vizepräsident der Science Applications International Corporation (SAIC), USA, zum Thema „Gemeinschaftsfinanzierung der NATO: aktuelle Themen“

Die gemeinsame Finanzierung in der Vergangenheit entspreche nicht den Erfordernissen von heute, erklärte **Robert Bell**. Er erläuterte zunächst, was Gegenstand der gemeinsamen Finanzierung ist: das Budget der NATO selbst (Hauptquartier etc., Investitionsprogramme), nicht hingegen z. B. multilaterale Programme. In 2006 standen 1,753 Milliarden Euro für die Gemeinschaftsfinanzierung zur Verfügung, was 0,32 Prozent der Verteidigungsausgaben aller 26 Alliierten ausmacht. Die Verteilung beruhe auf dem Schlüssel des BIP. NATO-Operationen würden nach dem Prinzip gehandhabt: „Kosten werden dort getragen, wo sie anfallen“. Wer die Truppen stelle, zahle auch für ihren Transport, Sold, und ihre Logistik. 95 Prozent der Kosten würden insofern national getragen. Im Oktober habe es eine Einigung des Nordatlantikkongresses gegeben, eine Ausweitung in bestimmtem Maße vorzunehmen, wie z. B. für Kraftstofflagerung. Zu prüfen sei noch die Frage, ob auch die Kosten für den Lufttransport bei kurzfristig erforderlichem Nachschub der Gemeinschaftsfinanzierung unterliegen sollen.

VII. Vortrag von General Hans Jesper Helsø, Oberkommandierender der Streitkräfte Dänemarks, zum Thema „Gegenwärtige Stationierungen und zukünftige Transformation der dänischen Armee“

General **Hans Jesper Helsø** erklärte, Dänemark sei augenblicklich beteiligt an Operationen im Sudan (als Teil von ISAF), im Kosovo, in Afghanistan und im Irak. Militär könne keine Sicherheit allein, sondern nur in Zusammenarbeit mit den zivilen Institutionen aufbauen. Zur Transformation unterstrich er, die dänische Planung für das Militär der Zukunft gehe vom Ansatz des „leeren Blattes Papier“ aus. Damit sei gemeint, es gebe keinerlei Vorbehalte, man sei ganz offen an die Planung herangegangen und habe nichts ausgeschlossen. Zunächst müsse man die Zielstruktur definieren. Als Schlüsselwort nannte er die Fähigkeiten, die man mit der Armee erreichen wolle, was derzeit bedeute, dass man in Krisengebiete gehe, um an Operationen teilzunehmen. Neben der Zustimmung der Militärs gehöre hierzu auch die Zustimmung der politischen Ebene. Im Hinblick auf die Fähigkeiten sei Spezialisierung ein wichtiger Punkt. Nur nutzbare Fähigkeiten ermöglichten eine relevante Beteili-

gung. Wichtig seien ebenfalls eine neue Ausstattung und hinreichend Finanzmittel für die laufenden Kosten der Operationen. Als Schlüssel zum Erfolg bezeichnete er das Denken an Fähigkeiten im Gegensatz zum Denken in Strukturen. Man müsse bereit sein, auch „heilige Kühe zu schlachten“. Rationalisierung und Zentralisierung seien ein weiterer wichtiger Punkt.

Diskussion

In der anschließenden Diskussion wurde der Vortrag als wertvolle Lektion für andere Länder bezeichnet. Auf eine Frage nach nationalen Vorbehalten Dänemarks erklärte General **Helsø**, niemand gebe das Kommando vollständig ab, aber die Vorbehalte würden minimiert. **Helmut Rauber** (Deutschland) fragte nach der Verzahnung der Kräfte im Rahmen der inneren und äußeren Sicherheit. Hierfür gebe es, so General **Helsø**, keine direkte Zielsetzung, aber das Militär habe eine Mitwirkung z. B. an Notstandskonzepten. Auf die Frage von Abg. **Thomas Kossendey** (Deutschland) nach *out sourcing* antwortete der General **Helsø**, dass bislang kein Programm dem Militär Geld gespart habe. Sinnvoll sei es aber, Aufgaben abzugeben, um mehr Zeit für militärische Aufgaben zu gewinnen, oder eine Verstärkung der *private public partnerships*.

VIII. Vortrag von Dick Zandee, Leiter der Planungs- und Politikeinheit der Europäischen Verteidigungsagentur (EDA), Brüssel, zum Thema „Der Ansatz der Europäischen Verteidigungsagentur zur Verbesserung militärischer Fähigkeiten“

Als Ziele der Europäischen Verteidigungsagentur, die 2005 ihre Arbeit aufgenommen hat, nannte **Dick Zandee** die Unterstützung der Mitgliedstaaten bei der Verbesserung der europäischen Verteidigungsfähigkeit im Krisenmanagement und der ESVP. Noch habe die ESVP keine echte Substanz, es mangle an Ressourcen. Ein maßgeblicher Grund sei die Fragmentierung auf verschiedenen Ebenen. Die Planung sei bei einigen Staaten immer noch zu sehr auf die Situation des Kalten Krieges ausgerichtet. Ausrüstungen würden nicht einheitlich bestellt. Es gebe nutzlose Truppen und Geräte und gleichzeitig eine nicht ausreichende Ausstattung. Ein viel zu großer Anteil der Budgets werde für Personal ausgegeben, aber nur drei Prozent werden für Forschung aufgewendet und weniger als 20 Prozent für Beschaffung. Es mangle an einheitlichen Standards, was der Industrie durchaus recht sei, da die Aufträge oft gewinnträchtig sind. Das Konzept der EDA sei die Schaffung von Kohärenz; sie verstehe sich als Systemintegrator, der Situationen analysieren und Vorschläge machen könne. Die Agentur arbeite mit 80 Personen und einem Haushaltsvolumen von 20 Millionen Euro. Ferner werden von den Mitgliedsländern Ad hoc-Budgets zur Verfügung gestellt. Als Vorteil der Konstruktion der Agentur nannte er, dass Javier Solana als politisches „Schwergewicht“ an der Spitze stehe. Im Lenkungsgremium seien die Verteidigungsminister versammelt. Die Struktur der Agentur schließe auch die

Beteiligung der Wissenschaft ein, sie identifiziere und nutze Verbindungen und Synergien der einzelnen Länder. Als Planungsschwerpunkt nannte er die Vereinheitlichung der Planung und Beschaffung, u. a. für unbemannte Flugzeuge und Panzer. Die europäische Beschaffungslandschaft sei gezeichnet von Inkompatibilität und mangelnder Einheitlichkeit, so dass beispielsweise Ersatzteile oder Reparaturen nicht austauschbar sind. Auch Tests und Beurteilungseinrichtungen seien von Land zu Land verschieden. Zukünftige Pläne richteten sich u. a. maßgeblich auf die Unterstützung des Lufttransportes.

IX. Beratung des Berichtsentwurfes des Unterausschusses „Zukünftige Sicherheit und Verteidigungsfähigkeiten“ über „Die fort-dauernde Rolle der NATO in Bezug auf die Sicherheit auf dem Balkan“, vorgelegt von Berichterstatter Abg. Vahit Erdem (Türkei)

Berichterstatter **Vahit Erdem** nannte den Balkan ein gutes Beispiel für die Zusammenarbeit zwischen den Organisationen. Mit dem Gewaltausbruch 2004 seien Schwächen der Kosovostreitkräfte (KFOR) offenkundig geworden. Langfristig sehe der Plan der VN vor, die Rolle der VN zurückzufahren und die der OSZE auszubauen. Ziel sei es insgesamt, Institutionen aufzubauen. Die NATO genieße Vertrauen vor Ort, aber die Verantwortung müsse auf regionale Institutionen übertragen werden, wie auf die Polizei, die Kosovo-Schutztruppe etc. Manche sähen eine Integration in die EU als Lösung des Problems, aber dies würde ethnische Probleme nicht lösen. Anschließend ging Erdem auf die Lage in Mazedonien und Bosnien und Herzegowina ein. In Bosnien und Herzegowina habe es eine Verteidigungsreform mit Hilfe der NATO gegeben. Er unterstrich die Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien. Das Land befinde sich auf dem Weg zur PfP. Serbien und Montenegro müsse ebenfalls noch besser mit dem Tribunal zusammenarbeiten. Die Armee transformiere sich, sie müsse reduziert und zivil kontrolliert werden. Serbien und Montenegro nehme schon an VN-Operationen teil und wolle dies weiter intensivieren.

X. Entschließungen

a) Entschließung 336 betreffend den „Abbau nationaler Restriktionen“, vorgelegt von Abg. Julio Miranda-Calha (Portugal)

Abg. **Julio Miranda-Calha** erläuterte erneut das Problem der nationalen Vorbehalte beim Einsatz in NATO-Operationen, vor allem wenn sie verdeckter Natur sind und erst während des Einsatzes offenbar werden. Dieses Problem habe sich 2004 im Kosovo gestellt und auch in Afghanistan. Daher werde vorgeschlagen, die nationalen – vor allem die geheimen – Vorbehalte einzuschränken.

Die Entschließung wurde ohne Änderungsanträge gegen eine Stimme der Niederlande angenommen.

b) Entschließung 337 betreffend „Eine stärkere gemeinsame Finanzierung von NATO-Operationen“, vorgelegt von Abg. Julio Miranda-Calha (Portugal)

Zur Entschließung über Gemeinschaftsfinanzierung erläuterte Abg. **Julio Miranda-Calha**, dass es ungerecht sei, wenn die Entscheidung über eine Operation von 26 Nationen getroffen würde, die Kosten aber nicht entsprechend verteilt seien. Er schlug vor, die gemeinsame Finanzierung vor allem bei den Transportkosten zu erweitern, die Entschließung würde ein starkes Signal an die NATO geben.

Der Ausschuss beriet über sieben deutsche Änderungsanträge, die von Abg. **Gerd Höfer** (Deutschland) vorgetragen wurden, der ausführte, die Debatte über Gemeinschaftsfinanzierung löse nicht die Frage über das Verfahren, ob und wann man an einer Mission teilnehme. Für bestimmte Strukturen, nicht aber für Operationen sei ein gemeinschaftlicher Haushalt oder eine gemeinsame Finanzierung sinnvoll.

Vier Änderungsanträge wurden vom Berichterstatter akzeptiert, drei wurden in der Abstimmung abgelehnt.

XI. Personalia

Der Ausschuss wählte Abg. **Joel Hefley** (Vereinigte Staaten) erneut zum Vorsitzenden, Abg. **Julio Miranda-Calha** (Portugal) wurde als Generalberichterstatter bestätigt. Zu den drei Vizepräsidenten wurden gewählt: Senator **Joseph A. Day** (Kanada), Abg. **Jesus Cuadrado** (Spanien) und Senator **Furio Gubetti** (Italien).

Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit (ESC)

Der Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit tagte am Samstag, dem 12. November 2005, unter dem Vorsitz des Abg. **Paul Gillmor** (Vereinigte Staaten). Eingangs dankte er allen für die Anteilnahme am Schicksal und die Unterstützung der Opfer des Hurrikans „Katrina“.

I. Überblick über die Tagesordnung und Themen

Hauptthemen waren die Beziehungen zwischen Europa, den USA und China sowie deren Auswirkungen auf die transatlantischen Beziehungen und die Entwicklungen im Mittleren Osten und in Nordafrika.

II. Vortrag von Dr. Sebastian Bersick, Research Fellow, Europäisches Institut für Asiatische Studien (EIAS), Brüssel, zum Thema „Europas Ansatz gegenüber China“

In seinem Vortrag betonte **Dr. Sebastian Bersick**, angesichts der wachsenden Bedeutung Chinas als regionale Führungsmacht in Asien erweise sich die Einbindung in den Rahmen des Asien-Europa-Treffens (ASEM) als sehr erfolgreich. Auf diese Weise „lerne“ die Großmacht China, Multilateralismus im globalen wie regionalen Maßstab zu praktizieren. Der ASEM-Prozess sei damit zum wichtigsten Kooperationsmechanismus zwischen Asien und Europa geworden und biete eine multilaterale

Alternative zu einem unipolaren, von einem Akteur dominierten, ordnungspolitischen Modell für internationale Beziehungen. Die Entwicklung einer gemeinsamen asiatischen Position habe dabei Vorrang. Das habe vor dem Hintergrund des wirtschaftlich und politisch heterogenen asiatischen Raumes große politische und strategische Bedeutung. Die EU sei inzwischen Chinas größter Handelspartner, China zweitgrößter der EU. Durch die wirtschaftliche Zusammenarbeit auf verschiedenen Ebenen und die interregionale Kooperation mit multilateralem Ansatz nehme die EU teil an der Formung des Asienprozesses. Bersick äußerte die Hoffnung, dass interregionale Politik die Stabilität einer neuen politischen und wirtschaftlichen multilateralen Weltordnung fördern könne. Der ASEM-Prozess spiele auch im Rahmen der neuen internationalen Sicherheitsstruktur eine immer wichtigere Rolle.

Die Politik der Vereinigten Staaten, die nicht an dem ASEM-Prozess teilnehmen, habe eine andere Ausrichtung. Einer umfangreichen wirtschaftlichen Zusammenarbeit und Unterstützung, z. B. beim Beitritt zur Welthandelsorganisation (WTO), stehe der fortwährende Versuch der Eindämmung der politischen und strategischen Einflussnahme gegenüber. Die wechselseitige wirtschaftliche Abhängigkeit nehme ständig zu, und man habe durch die Bedrohung des grenzübergreifenden Terrorismus, durch die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und die Aufrechterhaltung regionaler Stabilität gemeinsame Sicherheitsinteressen. Aber die Politik der starken Fokussierung auf den Erhalt des bestehenden Machtgleichgewichts könnte mittelfristig zu der Entwicklung einer „Festung Asien“ führen. Das belaste auch die Beziehungen zwischen der EU und den Vereinigten Staaten; ebenso wie die Diskussion um die Aufhebung des Waffenembargos. Dr. Bersick unterstrich die Notwendigkeit eines verstärkten transatlantischen Dialoges mit interregionalen Aspekten in Bezug auf China.

Diskussion

In der anschließenden Diskussion erklärte der Abg. **Tobias Pflüger** (Europäisches Parlament), an dem Waffenembargo solle festgehalten werden. Auch sah **Dr. Bersick** in der kommenden EU-Ratspräsidentschaft keinen Ansatz für eine Aufhebung. Der Ausschussvorsitzende **Paul Gillmor** (Vereinigte Staaten) fragte nach dem Verhältnis der EU zu Taiwan. **Dr. Bersick** erklärte, man habe zu Taiwan keine diplomatischen Beziehungen, konzentriere sich eher auf eine Zusammenarbeit in wirtschaftlichen und kulturellen Angelegenheiten. Zum Konflikt in der Meerenge von Taiwan gebe es keinen gemeinsamen europäischen Ansatz.

III. Beratung des Berichtsentwurfes des Unterausschusses „Transatlantische Wirtschaftsbeziehungen“ über „China im Wirtschaftsaufschwung und die transatlantische Wirtschaft“, vorgelegt von dem amtierenden Mitberichterstatter Abg. Hugh Bayley (Vereinigtes Königreich) und von Mitberichterstatter Abg. John Boozman (Vereinigte Staaten)

Der amtierende Mitberichterstatter Abg. **Hugh Bayley** (Vereinigtes Königreich) erklärte, die Erkenntnisse, die

man im Rahmen des Ausschussbesuchs in China gewonnen habe, seien in den Berichtsentwurf eingeflossen. Überrascht hätte der allgemein gute Entwicklungsstand, es gebe aber starke regionale Unterschiede. Ein Besuch des weniger entwickelten östlichen Teils sollte 2006 erwogen werden. Die wirtschaftlichen Schlüsselfaktoren für das rasche Wachstum seien die Preisliberalisierung, Zunahme der Privatisierung und Produktivität, verstärkte Kapitalbildung – hohe Sparrate – sowie allgemein eine Entwicklung von einem Agrarland hin zu einem modernen Technologiestaat. Das undemokratische politische System – Einparteienstaat, Unterdrückung und Korruption – sei aber nach wie vor unverändert, insbesondere auf kommunaler Ebene. Weitere Schwächen seien die hohe Arbeitslosigkeit, mangelnde Mobilität, das fragile Finanzsystem – hohe Schulden –, eine unterbewertete Währung, die alternde Gesellschaft, die Umweltverschmutzung und ein stark steigender Energieverbrauch. Für weitere positive Entwicklungen seien Kontakte nicht nur mit der Regierung, sondern auch zur jüngeren Generation und zur Zivilgesellschaft erforderlich.

Mitberichterstatter Abg. **John Boozman** (Vereinigte Staaten) unterstrich die Bedeutung der wirtschaftlichen Transformation Chinas. Die Vereinigten Staaten und Europa könnten durch die aktive Begleitung des Prozesses einen großen Anteil an der Entwicklung haben. Eine Herausforderung für die Vereinigten Staaten sei es, eine Balance zu finden zwischen der Unterstützung und Förderung der demokratischen Reformen und den eigenen wirtschaftlichen Interessen. Die undemokratische Gesellschaft könne langfristig negative Folgen haben für Chinas Stabilität und Wohlstand. Man sei nach wie vor besorgt über die Ambitionen Chinas als starke Militärmacht, deshalb müsse das Waffenembargo aufrechterhalten werden.

Er stellte anschließend seinen Entschließungsentwurf vor, der für einen verstärkten transatlantischen Dialog mit China werbe. Die steigenden chinesischen Exporte bedeuteten nicht automatisch eine Bedrohung für die anderen Wirtschaftssysteme. Vielmehr biete es auch die Gelegenheit, die eigene Konkurrenzfähigkeit zu testen und ggf. neue Entwicklungen zu fördern. Die Einbeziehung Chinas in den Dialog zur weltweiten Energiepolitik sei unausweichlich.

Diskussion

Abg. **Jos van Gennip** (Niederlande) sah China als wichtigen Teil im Multilateralismus, aber es gebe noch Vorbehalte u. a. gegen die Unterstützung Chinas zu Gunsten der despotischen Regime im Sudan und in Simbabwe. Nach Meinung des Abg. **Hugh Bayley** (Vereinigtes Königreich) habe diese Unterstützung ausschließlich wirtschaftliche und strategische Motive wegen des wachsenden Bedarfs an Energie. Abg. **Petras Austrevicius** (Litauen) regte ein Treffen mit amerikanischen Experten zu diesem Thema an. Abg. **André Rouvière** (Frankreich) unterstützte den Vorschlag eines erneuten Besuchs in China. Die Liberalisierung der chinesischen Volkswirtschaft erfolge durch die Regierung gesteuert und auch nur, wenn sie ein Interesse an dem Ergebnis habe. Auch die Gewinnverteilung aus der Zunahme des BIP sei ungleich

verteilt. Die Freizügigkeit werde nur kontrolliert gewährt, z. B. sei für eine Reise nach Hongkong eine Genehmigung erforderlich. Der Bankensektor sei durch hohe Kredite belastet, die trotz Garantien der Regierung nicht zurückgezahlt würden. Eigentumsrechte würden nach wie vor nur eingeschränkt gelten. Eine Möglichkeit sei, dass die WTO die Einhaltung von Mindeststandards bei der Umwelt, im sozialen Bereich und bei den Löhnen fordere, damit es im freien Wettbewerb nicht zu Verzerrungen komme. Abg. **Hugh Bayley** (Vereinigtes Königreich) entgegnete, die Anhebung der Nahrungsmittelpreise durch die Regierung habe für einen Anstieg der Einkommen in den ländlichen Gegenden gesorgt. Abg. **John Boozmann** (Vereinigte Staaten) ergänzte, man könne China nicht für alle Probleme der westlichen Wirtschaften verantwortlich machen. Abg. **Viktor Voitenko** (Russische Föderation) lehnte die Forderung nach einer schnellen politischen Liberalisierung ab. Zu eilig vorangetriebene Reformen könnten Instabilität verursachen, diese Erfahrung habe er im eigenen Land gemacht. Die nationale Selbstbestimmung stehe an erster Stelle. Abg. **Carl Hamilton** (Schweden) sah die Ursache für die niedrigen Preise in der Armut des Landes. Wirtschaftliche Sanktionen würden daher doppelt strafen und somit auch die Demokratieentwicklung behindern. Stattdessen solle der Export des Landes weiter gefördert werden.

Der Bericht wurde ohne Änderungen angenommen.

Abg. **Hugh Bayley** (Vereinigtes Königreich) schlug für das Jahr 2006 einen Sonderbericht über Afrika vor, der sich mit der Überprüfung der Entwicklungshilfeleistungen beschäftigen solle. Der Ausschuss nahm diesen Vorschlag an.

IV. Beratung des Sonderberichts Entwurfes über „Die Handels- und Wirtschaftszusammenarbeit zwischen Russland und China: Derzeitige Lage, Probleme und Aussichten“, vorgelegt von Sonderberichterstatter Abg. Viktor Voitenko (Russische Föderation)

Sonderberichterstatter Abg. **Viktor Voitenko** betonte die Bedeutung der Kooperation zwischen den Ländern auf der Grundlage gegenseitigen Respekts. Die strategische Partnerschaft bei der Handels- und Wirtschaftszusammenarbeit habe positive Auswirkungen auf die Stabilität der Region und die globale Sicherheit. Zu vielen internationalen und regionalen Angelegenheiten seien Russland und China gleicher Meinung, z. B. bei der Rolle der VN und des Sicherheitsrates. Die Zusammenarbeit erstreckte sich auch auf die Bereiche Massenvernichtungswaffen und Rauschgifthandel. Es lasse sich aber auch immer noch vieles verbessern; hier sei insbesondere die Zusammenarbeit auf dem Energiesektor, beim Ausbau der Infrastruktur und bei den Investitionen zu nennen.

Diskussion

Der Ausschussvorsitzende Abg. **Paul Gillmor** (Vereinigte Staaten) fragte nach den chinesischen Wanderarbei-

tern in Sibirien. Sonderberichterstatter Abg. **Viktor Voitenko** erklärte, dort lebten viele Chinesen, aber die Regierung habe die Situation auch durch stringente Gesetzgebung gegen Migration unter Kontrolle. Abg. **Jos van Gennip** (Niederlande) erkundigte sich nach Arbeitsplatzverlusten im Bereich der Fertigung in Richtung China. Sonderberichterstatter Abg. **Viktor Voitenko** verneinte ein solches Problem. Er verwies als Beispiel auf ein Gesetz, das eine Vorverarbeitung von Holz direkt in Russland fördere. Abg. **Kurt Bodewig** (Deutschland) sprach die unterschiedliche Bevölkerungsdichte Chinas und Russlands in der Grenzregion Sibirien an. Er fragte nach einem Austausch von Arbeitskräften und möglichen Entwicklungsprojekten. Sonderberichterstatter Abg. **Viktor Voitenko** erklärte, es gäbe Entwicklungsprojekte, aber keinen akuten Mangel an Arbeitskräften. Für die Zukunft könnten aber solche Entwicklungen nicht ausgeschlossen werden. Abg. **Petras Austrevicius** (Litauen) thematisierte die Auswirkungen der chinesischen Industrialisierung auf die russische Umwelt, den erhöhten Energiebedarf und Entwicklungen im Bereich der Infrastruktur. Man habe ein gemeinsames Projekt im Erdgasbereich, das in drei Jahren starten soll, erklärte Sonderberichterstatter Abg. **Viktor Voitenko**. Die Umweltbelastung betreffe hauptsächlich die Abwassereinleitung in Flüsse. Es gebe keine Abkommen und China zeige nicht viel Bereitschaft zur Zusammenarbeit. Auf die Frage des Abg. **Carl Hamilton** (Schweden) nach den chinesischen Auswanderern und möglichen Verbesserungen ihrer Situation antwortete Sonderberichterstatter Abg. **Viktor Voitenko**, die Einwanderung erfolge kontrolliert und für besondere Tätigkeitsbereiche. Einhaltung der russischen Gesetze sowie die Registrierung seien zwingend vorgeschrieben und würden auch streng kontrolliert. Bei erfolgreicher Integration und nachgewiesener Berufstätigkeit erhielten Chinesen eine Aufenthaltserlaubnis oder sogar die russische Staatsbürgerschaft.

Der Bericht wurde ohne Änderungen angenommen.

V. Beratung des Berichtsentwurfes des Unterausschusses „Ost-West-Wirtschaftszusammenarbeit und -konvergenz“ über „Der wirtschaftliche Übergang im Mittleren Osten und Nordafrika“, vorgelegt von Berichterstatter Abg. Kurt Bodewig (Deutschland)

Berichterstatter Abg. **Kurt Bodewig** wies auf die Herausforderungen hin, denen die Länder der Region Mittlerer Osten und Nordafrika (MENA-Region) gegenüber stehen. Vorrangige Probleme seien die hohe Arbeitslosigkeit, insbesondere unter den Frauen, und das demographische Wachstum. Ethnische Konflikte und der Krieg im Irak verschlimmerten die Situation zusätzlich. Auch habe Ressourcenreichtum nicht nur positive Aspekte, wichtig sei vor allem die Verwendung der Erlöse in nachhaltige Entwicklung statt zur privaten Bereicherung. Notwendig seien stärkere Privatisierungen, die Öffnung der politischen Systeme für eine breitere Beteiligung der Zivilgesellschaft und eine Anpassung der Steuersysteme an international etablierte Systeme. Die Reform der

Bildungssysteme und des Bankensektors seien ebenso dringend notwendig wie die Entbürokratisierung der Staaten. Zusammenfassend unterstrich der Berichtersteller, dass die Verantwortung für Reformen aber bei den Menschen in der Region liege, wenn diese nachhaltig wirken sollen. Der Westen könne sie nur dabei unterstützen, die richtigen Entscheidungen zu treffen.

Der Bericht wurde ohne Änderungen angenommen.

VI. Beratung des Generalberichtsentwurfes „Die politischen Implikationen und Konsequenzen der Risikogesellschaft“, vorgelegt von Generalberichterstatter Abg. Jos van Gennip (Niederlande)

Generalberichterstatter Abg. **Jos van Gennip** erklärte, der Bericht verdeutliche anhand der Vogelgrippe die Dimensionen potenzieller Megarisiken. Gefahren würden durch weltweite Freizügigkeit von Menschen und Waren verstärkt. Wenn durch eine Mutation des Virus die Übertragung auf den Menschen möglich sei, dann könnten eine Pandemie und Massenpanik nicht mehr ausgeschlossen werden. Treffe das die Menschen unvorbereitet, komme es in kürzester Zeit zu Engpässen bei Gesundheitsleistungen und der Krankenversorgung. Es sei in diesem Zusammenhang auch wichtig zu überlegen, wie der Transport von Waren und insbesondere Medikamenten gesichert werden kann, wenn während einer Pandemie die Transportströme ins Stocken gerieten. Er betonte erneut, dass eines der größten Probleme bei der Risikobewältigung darin liege, bei Risiken und Gefahren einen breit angelegten gesellschaftlichen Konsens herbeizuführen, um Probleme rechtzeitig in den Griff zu bekommen, bevor sie katastrophale Ausmaße annehmen. Dies sei dann besonders schwierig, wenn es um außerordentlich komplexe Probleme mit zahlreichen Variablen und Parametern gehe, die einige zentrale Bestandteile der westlichen Kultur und Zivilisation betreffen. Zu spät umgesetzte Maßnahmen würden das Risiko nochmals deutlich erhöhen. Die Beherrschung der vorhandenen Risiken würde für die einzelnen Entscheidungsträger und Regierungen durch die Globalisierung schrittweise untergraben. In einem breiteren internationalen Dialog verstärkter Zusammenarbeit und in effektiven multilateralen Interventionsmechanismen sah der Generalberichterstatter die einzige Möglichkeit, in Zukunft Phänomene unter Kontrolle zu bekommen, die sich ansonsten jedwedem Zugriff entziehen.

Der Bericht wurde ohne Änderungen angenommen.

VII. Entschlüsse

Alle drei Entschlußentwürfe wurden umfangreich diskutiert und in abgeänderter Form beschlossen (Entschlüsse 338, 339, 340).

VIII. Personalien

Der Ausschuss wählte für den Unterausschuss „Ost-West-Wirtschaftszusammenarbeit und -konvergenz“ den Abg. **Kurt Bodewig** (Deutschland) zum Vorsitzenden, Abg.

André Rouvière (Frankreich) zum stellvertretenden Vorsitzenden und Abg. **Margus Hanson** (Estland) zum Berichtersteller.

Für den Unterausschuss „Transatlantische Wirtschaftsbeziehungen“ wurden **Lord Sewel of Gilcomstoun** (Vereinigtes Königreich) als stellvertretender Vorsitzender und Abg. **Petras Austrevicius** (Litauen) als Mitberichterstatter gewählt.

Alle anderen Mandatsträger wurden per Akklamation wieder gewählt.

Ausschuss für die Zivile Dimension der Sicherheit (CDS)

Der Ausschuss für die zivile Dimension der Sicherheit tagte am 12. und 13. November 2005 unter dem Vorsitz von Abg. **Michael Clapham** (Vereinigtes Königreich).

I. Überblick über die Tagesordnung und Themen

Hauptthemen waren der Schutz der Zivilbevölkerung und das Aufspüren chemischer, biologischer, radiologischer oder nuklearer Waffen, die Entwicklungen in Kasachstan seit seiner Unabhängigkeit und die Politik von NATO und EU im Hinblick auf das Land, sowie die Integration von Minderheiten im Südkaukasus.

II. Vortrag von Jakob Scharf, stellvertretender nationaler Polizeikommissar Dänemarks, zum Thema „Zivilschutz und Terrorbereitschaft in Dänemark“

Der stellvertretende nationale Polizeikommissar Dänemarks, **Jakob Scharf**, erläuterte, dass global Anstrengungen zur Verbesserung der Terrorabwehr und des Zivilschutzes unternommen würden. Hierbei müsse man sich international auf politische Leitlinien zur Terrorbekämpfung verständigen. Radikale islamistische Terrornetzwerke wie *Al Kaida* stellten weiterhin eine ernsthafte Bedrohung dar. Daher seien die Zusammenarbeit der Nachrichtendienste mit den Bereitschaftsbehörden sowie ein Informationsaustausch zwischen den nationalen Nachrichtendiensten von entscheidender Bedeutung, um Angriffen vorbeugen zu können. Man benötige einen integrierten Gesamtplan, damit die Zivilgesellschaft auf alle Gefahren und Notfälle, einschließlich Terroranschläge, vorbereitet sei. Dabei müsse man von den täglichen Abläufen ausgehen, die auch in Ausnahmezuständen weitergeführt werden müssten. Bei der Entscheidungsfindung, aber auch in der Planungsphase sei eine Koordinierung zwischen der taktischen, strategischen und politischen Ebene sehr wichtig, auch müsse die Kommunikation zwischen diesen Ebenen sichergestellt sein. Größere Terroranschläge könnten Auswirkungen auf mehrere Länder haben, daher müsse man auch über die Grenzen hinaus koordiniert vorgehen und sich im Notfall gegenseitige Hilfe leisten können. Hierbei müsse man auf das Militär zurückgreifen können, das allerdings immer unter strikter politischer Kontrolle operieren müsse.

Diskussion

Zu der Anmerkung von Abg. **Bert Middel** (Niederlande) im Hinblick auf die geringen Sicherheitskontrollen im dänischen Parlament antwortete Polizeikommissar **Scharf**, es gebe mehr Sicherheitsvorkehrungen als auf den ersten Blick ersichtlich. Die terroristischen Bedrohungen hätten sich heute von zentralen Behörden weg auf zivile Ziele wie das Tivoli oder die U-Bahnen verlagert, diese Ziele ließen sich aber weniger mit traditionellen Mitteln schützen. Der Terrorschutz müsse sich zunehmend auf die Nachrichtendienste stützen. Auf die Frage von **Lord Jopling** (Vereinigtes Königreich) nach den konkreten Maßnahmen Dänemarks zum Schutz vor biologischen oder radiologischen Stoffen sagte Polizeikommissar **Scharf**, dass Dänemark seine Bereitschaft auf diesem Gebiet beträchtlich erhöht habe, insbesondere, was den Verkauf von Medikamenten, die bei Anschlägen eingesetzt werden könnten, betreffe, und dass auch die Bevölkerung darüber informiert werde, was im Falle eines Abwurfs von schmutzigen Bomben getan werden müsse. Im Hinblick auf die Frage von Abg. **Vitalino Canas** (Portugal) nach der Zusammenarbeit zwischen Nachrichtendiensten und Polizei in Dänemark erläuterte Polizeikommissar **Scharf**, dass es nur wenige rechtliche Einschränkungen gebe, weshalb Informationen nicht weitergeleitet werden dürften. Auf internationaler Ebene gebe es aber noch viele Nachrichtendienste, die Informationen nicht übermittelten, hier sei eine bessere Zusammenarbeit erforderlich, da viele Informationen auch für andere Länder von Interesse wären.

III. Vorträge von Botschafter Ján Kubiš, EU-Sondervertreter für Mittelasien, zur „Politik der EU im Hinblick auf Mittelasien“, und von Dr. Shirin Akiner über den „Politischen und wirtschaftlichen Wandel in Kasachstan seit seiner Unabhängigkeit“

Botschafter **Ján Kubiš** erläuterte, dass die wichtigsten Instrumente der EU im Hinblick auf die Region konsultative Mechanismen wie die TACIS-Programme (*Technical Assistance to the Commonwealth of Independent States*) sowie die Partnerschafts- und Kooperationsprogramme seien. Vor allem seit dem 11. September 2001 und an Betrachtung der Lage in Afghanistan sei das Interesse der Union an Mittelasien beträchtlich gestiegen, da sie neue Sicherheitsbedrohungen wie den Drogenschmuggel nicht ignorieren könne. Die erst kürzliche Schaffung seiner Stelle eines Sondervertreters für Mittelasien sei unmittelbarer Ausdruck dieses Interesses. Die politischen Ziele der EU in Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen umfassten einerseits den Aufbau guter Beziehungen zu den Ländern Mittelasiens durch die Förderung der gemeinsamen Werte und Interessen der Partnerländer, die Hilfe bei Reformen und die Stärkung der Zivilgesellschaft, sowie die Bekämpfung von Bedrohungen für Europa und eine bessere Effizienz und Sichtbarkeit der Union andererseits. Die Tatsache, dass eine Wahl in Kasachstan überhaupt stattfinde, wertete er als ein positives Zeichen.

Der Vortrag von Frau **Dr. Shirin Akiner** konzentrierte sich auf die geostrategische Bedeutung Kasachstans und auf die wichtigsten politischen Entwicklungen in dem Land seit seiner Unabhängigkeit. Bei Kasachstans Unabhängigkeit 1991 habe der Westen drei Hauptsorgen im Hinblick auf das Land gehabt: die Zukunft des ehemals russischen, nuklearen Arsenal auf kasachischem Staatsgebiet, die reichen Energieressourcen Kasachstans sowie die künftige politische Orientierung des Landes. Für den ersten Punkt habe Kasachstan den internationalen Besorgnissen Rechnung getragen und sich bereit erklärt, das Atomwaffenarsenal entweder zu zerstören oder im Austausch für beträchtliche Hilfspakete nach Russland zurückzuführen. Die Regierung Kasachstans habe ferner wichtige Verträge mit westlichen Ölunternehmen über die Ausbeutung der kasachischen Energiequellen abgeschlossen. Zunächst habe es so ausgesehen, als würde sich Kasachstan politisch zum Westen hin orientieren – es unterzeichnete mit der NATO eine Partnerschaft für den Frieden –, doch dann habe es auch Verträge mit den ehemaligen GUS-Staaten geschlossen, aus denen sich z. B. die eurasische Wirtschaftsgemeinschaft entwickelte. Für die politische Entwicklung in Kasachstan seien vier Interessengruppen von Bedeutung: Präsident Nasarbajew, seine Familie, die Oligarchen und die oppositionellen Gruppen. Für Präsident Nasarbajew gebe es eine beträchtliche Unterstützung in der Bevölkerung, und auf der internationalen Bühne habe er sich als eine wichtige Figur etabliert. Seine drei Töchter und Schwiegersöhne würden jeder für sich operieren und hätten ihre Position unterschiedlich gut ausgebaut. Die Interessen der Familie Nasarbajew würden jedoch von den Erdöl und Erdgas kontrollierenden Oligarchen weit in den Schatten gestellt. Würden sie sich mit Nasarbajew entzweien, sähe sich dieser vor beträchtlichen Problemen. Die Vertreter der politischen Opposition seien noch relativ jung, nur wenige seien demokratisch ausgerichtet. Die bevorstehenden Wahlen werde Nasarbajew klar gewinnen, und es sei absehbar, dass die internationale Gemeinschaft sie kritisieren werde.

Diskussion

Abg. **Bruce George** (Vereinigtes Königreich) wies darauf hin, dass es bei Wahlbeobachtungen darum gehe, ob ein Land die freiwillig von ihm akzeptierten Normen einhalte. Meistens würden die Standards jedoch ignoriert und hier und dort ein bisschen nachgebessert, um die Beobachter zufrieden zu stellen. Die Kritik der Wahlbeobachter werde dann völlig zu Unrecht als Imperialismus gewertet. Er äußerte starke Zweifel an der Fairness der bevorstehenden Wahlen und rief die Beobachter auf, ihre Aufgabe ernsthaft wahrzunehmen. Auch in Anbetracht dessen, dass Kasachstan sich das Ziel gesetzt habe, 2009 den Vorsitz über die OSZE zu führen, sei es wichtig, dass die Wahlen gut abläufen und das Land eine Regierung besäße, die die westlichen Normen erfülle.

Abg. **Vitalino Canas** (Portugal) erkundigte sich bei Botschafter Kubiš nach seiner Meinung zur Regierbarkeit Afghanistans nach den jüngsten Parlamentswahlen, bei

denen die Vermutung nahe läge, dass einige Delegierte dem Präsidenten und dem Westen feindlich gesinnt seien. Botschafter **Kubiš** war der Auffassung, dass dies die Regierung Karzai veranlassen könnte, energischer auf dem Reformweg voranzuschreiten.

Zu der Frage nach den Auswirkungen eines Wahlsiegs von Präsident Nasarbajew auf die Verbesserung der demokratischen Strukturen in Kasachstan sagte **Dr. Akiner**, dass der sehr sichere Sieg des Präsidenten politische Stabilität und Kontinuität im Rahmen der von ihm eingeleiteten beschränkten Reformen bedeute. Auf die Frage des Vorsitzenden Abg. **Michael Clapham** (Vereinigtes Königreich) nach der Möglichkeit einer stärkeren Zusammenarbeit zwischen Kasachstan und China verwies **Dr. Akiner** auf den derzeitigen Wirtschaftsaufschwung Chinas. China mische sich zwar nicht in die Politik anderer Länder ein, es sei jedoch bestrebt, an die traditionellen Wirtschaftsbeziehungen zu Mittelasien wieder anzuknüpfen und werde sicherlich einer der größten Investoren in dem Raum werden. Abg. **Stepan Khmara** (Ukraine) erkundigte sich bei Dr. Akiner nach den Möglichkeiten zur Entwicklung der Zivilgesellschaft angesichts der Existenz starker Interessengruppen wie den westlichen Unternehmen und den russischen wohlhabenden Oligarchen sowie Präsident Nasarbajew. **Dr. Akiner** räumte ein, dass die internationalen Unternehmen an besseren Beziehungen zu Russland und China nicht sehr interessiert seien. Viele russische Einwohner hätten das Land verlassen oder aber sich entschieden, an der Entwicklung des Landes mitzuarbeiten. Man mache sich durchaus Gedanken über die Rechte und Pflichten der Zivilgesellschaft, orientiere sich dabei aber nicht notwendigerweise an westlichen Modellen. Der Leiter der kasachischen Delegation, Abg. **Toktarkhan Nurakhmetov**, bestätigte die Richtigkeit der Einschätzungen von Dr. Akiner zur Lage in seinem Land. Die Oligarchen stellten tatsächlich eine Machtgruppe dar, es gebe in dem Land jedoch keine konstruktive Opposition und keine wirkliche Alternative zu Nasarbajew. Er versicherte, dass die Wahlen fair und frei ablaufen würden, da der Präsident zu stark sei, um eine Verfälschung der Realität nötig zu haben.

IV. Beratung des Generalberichtsentwurfes über „Die NATO und Kasachstan“, vorgelegt von Generalberichterstatter Abg. **Vitalino Canas** (Portugal)

Generalberichterstatter Abg. **Vitalino Canas** stellte seinen Bericht vor, der einen Überblick über die wichtigsten Herausforderungen und Entwicklungen in Kasachstan gab. Er betonte die Ausgewogenheit des Berichts und erläuterte, dass sich die Beziehungen zwischen der NATO und Kasachstan dynamisch entwickelten und 2002 eine Partnerschaft für den Frieden geschlossen worden sei. Kasachstan sei zu einem aktiven Partner im Kampf gegen den Terrorismus geworden. Er rief Kasachstan auf, die von dem Land angestrebte Rolle als Modell für die gesamte Region wirklich auszufüllen.

Diskussion

Abg. **Rashit Akhmetov** (Kasachstan) hielt die Darstellung des Berichts im Hinblick auf die demokratischen Strukturen nicht für ausgewogen und kritisierte, dass er sich auf ungeprüfte Informationen aus zweiter Hand stütze. Er widersprach vor allem der Behauptung, dass sich die Menschenrechtslage in Kasachstan verschlechterte und die Medien nicht diversifiziert genug seien. Die Korruption sei zwar ein Problem, jedoch müsse man auch die zu ihrer Bekämpfung unternommenen Maßnahmen sehen. Schließlich forderte er, die Anschuldigungen gegen den Präsidenten und seine Tochter aus dem Bericht herauszunehmen. Generalberichterstatter **Vitalino Canas** erwiderte, dass die Delegation nicht nur die kritischen Aspekte des Berichts, sondern auch die ermutigenden Schlussfolgerungen sehen sollte, und betonte die Neutralität seiner Quellen. **Lord Jopling** (Vereinigtes Königreich) schlug mehrere Änderungen vor, um die internationale Besorgnis über das Fehlen demokratischer Strukturen zu betonen, und korrigierte in dem Bericht die sehr viel geringere endgültige Anzahl registrierter Kandidaten für die Präsidentschaftswahl. Abg. **Ahmet Faruk Ünsal** (Türkei) forderte eine größere terminologische Genauigkeit und die Ersetzung der Bezeichnung „internationale islamistische Extremistenorganisationen“ durch „Extremisten, die behaupten, eine Verbindung zum Islam zu besitzen“. Abg. **Ossur Skarphedinsson** (Island) teilte die Sorgen des Generalberichterstatters im Hinblick auf Menschenrechte, Pressefreiheit und die Unterdrückung der Oppositionsparteien. Abg. **Tchetin Kasak** (Bulgarien) hielt den Bericht für ausgewogen und wies auf die in ihm enthaltenen ermutigenden Elemente hin.

Der Bericht wurde einstimmig mit den genannten Änderungen verabschiedet.

V. Beratung des Sonderberichtsentwurfes über das „Aufspüren von chemischem, biologischem, radiologischem und atomarem (CBRN) Material: ein technologischer Überblick“, vorgelegt von Sonderberichterstatter **Lord Jopling** (Vereinigtes Königreich)

Sonderberichterstatter **Lord Jopling** stellte seinen Bericht vor und betonte dabei vor allem, wie wichtig es sei, dass die Form eines terroristischen Anschlags sofort erkannt würde. Der Bericht gebe einen Überblick über die verschiedenen Bedrohungsszenarien und derzeit bestehenden Arten von Frühwarnsystemen, wobei er einräumte, dass keines dieser Systeme umfassend präventiv sei. Der Bericht wolle vor allem die Aufmerksamkeit in den Mitgliedstaaten darauf lenken, dass genügend für eine Anschlagprävention getan werden müsse. Abg. **Jo Ann Emerson** (Vereinigte Staaten) kündigte an, dass ihre Delegation einige schriftliche Änderungsvorschläge übermitteln würde.

Der Bericht wurde einstimmig verabschiedet.

VI. Vortrag von Giorgi Baramidse, Minister für Europäische und Euroatlantische Integration Georgiens, zum Thema „Die Reformprozesse in Georgien zwei Jahre nach der Rosen-Revolution“

Minister **Giorgi Baramidse** erklärte, dass die Korruption in den letzten zwei Jahren beträchtlich zurückgegangen sei. Auch der Schmuggel werde bekämpft. Die Gehälter der Beamten seien fünfzehn Mal höher, auch ihre Ausbildung sei erheblich verbessert worden. Da sich die Steuereinnahmen verdreifacht hätten, gebe es mehr Möglichkeiten zur Lösung sozialer Probleme. Am wichtigsten sei jedoch, dass es – auch dank des Rückgangs der Korruption – gelungen sei, die fast nicht mehr existente Wirtschaft wieder zu beleben. Es sei auch für die Nachbarn in der Region wichtig zu sehen, dass es möglich sei, ein Land zu reformieren. Auch die Lösung der Konflikte in Abchasien und Südossetien sei für Georgien von vorrangiger Bedeutung. Er appellierte in diesem Zusammenhang an die internationale Gemeinschaft, erneut einen Dialog mit Russland einzuleiten, das die Separatisten in Südossetien militärisch und finanziell unterstütze. Georgien biete diesen beiden Regionen eine „win-win“-Lösung mit einer weitgehenden Autonomie. Im Hinblick auf eine Mitgliedschaft in EU und NATO habe sich Georgien ehrgeizige Ziele gesetzt. Die NATO treffe eine historische Entscheidung, wenn sie Georgien und der Ukraine 2008 gemeinsam einen Aktionsplan für die Mitgliedschaft anbieten würde. Würde Georgien von dem Mitgliedschaftsprozess abgekoppelt, wäre dies ein sehr negatives Zeichen für die gesamte Region.

Diskussion

Abg. **Bert Middel** (Niederlande) verlangte nähere Ausführungen, wie Georgien seine Reformen und insbesondere die Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung finanziere. Er äußerte auch die Befürchtung, dass sich das Land unter Präsident Saakaschwili hin zu einem Präsidentsystem entwickle. Außerdem erkundigte er sich nach dem Schutz religiöser Minderheiten in Georgien. Minister **Baramidse** erläuterte, dass sich die Korruptionsbekämpfung selbst finanziere: Vorher habe eine derart starke Schattenwirtschaft existiert, dass sich die Staatseinnahmen trotz Steuersenkungen heute verdreifacht hätten. Anfangs habe die Soros-Stiftung die Gehälter der Verwaltungsangestellten gezahlt, um den Prozess anzukurbeln. Das hohe Wahlergebnis für den Präsidenten bezeichnete er als echt, da die Bevölkerung sehr froh über die Einleitung der Reformen sei. Hass oder Verbrechen gegen religiöse Minderheiten gebe es nicht; auch arbeite Georgien eng mit Europarat und EU zusammen und erfülle seine Verpflichtungen.

VII. Kurzvortrag von Abg. Michael Clapham (Vereinigtes Königreich) zur Beobachtung der Parlamentswahlen in Aserbaidschan

Vorsitzender Abg. **Michael Clapham** berichtete kurz über die Teilnahme der NATO an der Wahlbeobachtung in Aserbaidschan und stellte die wichtigsten Ergebnisse

vor. Es habe schwere Wahlverstöße gegeben, da in 43 Prozent aller Fälle schlecht oder falsch gezählt worden sei. Der Botschafter Aserbaidschans bei der NATO, **Kamil Khasijew**, wies darauf hin, dass die Wahlen früher viel schlechter verlaufen seien. Man habe neue Maßnahmen eingeführt, um die Wahlvorbereitung fairer und transparenter zu machen. Außerdem seien die Gouverneure von zwei Regionen sowie vier Wahlbeamte entlassen worden. Abg. **Bruce George** (Vereinigtes Königreich) sagte, die Wahlen seien natürlich sehr viel besser als die Präsidentschaftswahlen vom November gewesen, bei denen es zahlreiche Verstöße gegeben habe, doch habe man gerade nur die Mindeststandards erfüllt. Präsident Alijew hätte die Wahlen auch ohne Betrug gewinnen können. Würde das Land sich nicht ernsthaft bemühen, ehrliche Wahlen durchzuführen, werde es international auch nicht ernst genommen werden.

VIII. Beratung des Berichtsentwurfes des Unterausschusses „Democratic Governance“ über „Minderheiten im Südkaukasus: Faktor der Instabilität?“, vorgelegt von Berichterstatter Abg. Bert Middel (Niederlande)

Berichterstatter Abg. **Bert Middel** erläuterte, dass der Bericht als Illustration des Interesses der NATO an der strategisch wichtigen Region gesehen werden könne. Die Lage der religiösen und nationalen Minderheiten sei stark verbunden mit anderen ungelösten Problemen im Südkaukasus, nicht zuletzt den bewaffneten Konflikten. In Armenien stellten die Kurden die größte Minderheitengruppe dar. In Aserbaidschan seien die Minderheiten relativ gut integriert. Das größte Minderheitenproblem habe Georgien mit den Regionen Abchasien und Südossetien. Fortschritte seien in Georgien durch den am 29. Oktober 2004 mit der NATO abgeschlossenen *Individual Partnership Action Plan* (IPAP) erreichbar. Der Konflikt im Südkaukasus bestehe vor allem zwischen Armenien und Aserbaidschan, hier spreche man von einem „eingefrorenen Konflikt“. Die wegen der Parlamentswahlen verhinderte aserbaidschanische Delegation habe dem Berichterstatter schriftliche Änderungsanträge, auch zur Änderung dieser Bezeichnung, zukommen lassen, die zum Teil in den Bericht einfließen würden.

Diskussion

Die übrigen Delegationen der Länder des Südkaukasus äußerten erwartungsgemäß eine ganze Reihe von Änderungswünschen und Anmerkungen. Für die georgische Delegation argumentierte Abg. **Nicholas Rurua**, der Bericht beruhe zum Teil auf veralteten Daten und spiegle die Realität aufgrund der jüngsten Entwicklungen in Georgien seit der Rosen-Revolution nicht mehr wirklich wider, weshalb in einigen Abschnitten Änderungen nötig seien. Abg. **Ahmet Faruk Ünsal** (Türkei) forderte, dass der Bericht auf das Schicksal der türkischen Meschketen eingehen müsse und nicht von dem Konflikt in Nagorno-Karabach, sondern der Besetzung Nagorno-Karabachs gesprochen werden müsse. Zudem forderte er, den

Ausdruck „armenischen Genozid“ in „so genannten armenischen Genozid“ zu ändern. Abg. **Hranush Hakobyan** (Armenien) wandte ein, Nagorno-Karabach könne nicht unter dem Thema Minderheiten behandelt werden, und stellte in diesem Zusammenhang mehrere Änderungsanträge. Der Berichterstatter wies einige Anträge zurück und sagte zu, zu prüfen, welchen Änderungen man zustimmen könne.

Der Bericht wurde einstimmig verabschiedet.

IX. Entschließung 335 „Schutz und die Integration von Minderheiten als Beitrag zur Stabilität im Südkaukasus“

Berichterstatter Abg. **Bert Middel** (Niederlande) trug die der Entschließung zugrunde liegenden Überlegungen vor, die in engem Zusammenhang zu dem Bericht stünden.

Die Entschließung wurde mit mehreren Änderungen der Vertreter der Südkaukasusländer einstimmig verabschiedet.

X. Personalien

Alle für eine Wiederwahl kandidierenden Ausschuss- und Unterausschussmandatsträger wurden wieder gewählt. Für den ausscheidenden Abg. Jon Lilletun (Norwegen) wurde Abg. **Tschetin Kasak** (Bulgarien) zum Vorsitzenden des Unterausschusses „Democratic Governance“ gewählt. Abg. **Jane Cordy** (Kanada) wurde zum Mitglied, Abg. **Lucio Malan** (Italien) zum stellvertretenden Mitglied im Interparlamentarischen Rat Ukraine-NATO gewählt.

Ausschuss für Wissenschaft und Technologie (STC)

Der Ausschuss für Wissenschaft und Technologie trat am 13. November 2005 unter seinem Vorsitzenden Abg. **Michael Mates** (Vereinigtes Königreich) zusammen.

I. Überblick über die Tagesordnung und Themen

Die Ausschussmitglieder befassten sich mit drei Berichtsentwürfen, und zwar dem Generalberichtsentwurf von Senator **Pierre Claude Nolin** (Kanada) zum Thema „Die Sicherheit von Massenvernichtungswaffen und verwandtem Material in Russland“, dem Sonderberichtsentwurf von Senator **Pierre Claude Nolin** betreffend die „Die Klimaänderung in der Arktis: Herausforderungen für die nordatlantische Gemeinschaft“ sowie dem Berichtsentwurf von Abg. **Lothar Ibrügger** (Deutschland) zu den „Sicherheitsimplikationen der Nanotechnologie“.

Darüber hinaus berieten die Ausschussmitglieder Vorträge von **William C. Potter**, Professor am „Centre for Non-Proliferation Studies at the Monterey Institute of International Studies“, über die Review Conference im Jahr 2005 zum Nichtverbreitungsvertrag (NPT) und deren Auswirkungen auf das internationale Nichtverbreitungsregime, von **Martin Parry**, „Meteorological Office“ des Vereinigten Königreiches, über die Bewer-

tung möglicher Klimaveränderungen und schließlich die Ausführungen von **Jürgen Altmann**, Physiker an der Universität Dortmund, über Nanotechnologie – mögliche militärische Anwendungen und präventive Rüstungskontrolle.

II. Beratung des Generalberichtsentwurfes „Die Sicherheit von Massenvernichtungswaffen und verwandtem Material in Russland“, vorgelegt von Generalberichterstatter Senator Pierre Claude Nolin (Kanada)

Gegenwärtig gehe die größte Gefahr für die Menschheit, so leitete Generalberichterstatter Senator **Pierre Claude Nolin** seinen Bericht ein, von terroristischen Angriffen mit Hilfe von Massenvernichtungswaffen (WMD) aus. Besorgniserregend seien dabei die in Russland unzureichend gesicherten WMD-Bestände. Immer noch behindere das alte Denken aus den Zeiten des Kalten Krieges die Kooperation bei der Beseitigung bzw. Sicherung der WMD. Zwar sei das von den Vereinigten Staaten aufgelegte Programm bei der Verbringung von russischen Nuklearwaffen aus der Ukraine, Weißrussland und Kasachstan recht erfolgreich gewesen, inzwischen sei jedoch diese russisch-US-amerikanische Zusammenarbeit erlahmt. Einen neuen Impuls habe die Kooperation nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 erhalten. Gleichwohl gebe es zahlreiche Probleme. Exemplarisch nannte der Generalberichterstatter die Weigerung Russlands, ausländischen Inspektoren Zugang zu den einschlägigen Lagerstätten zu gewähren, die unzureichende Projektsteuerung und bürokratische Hürden. Die geringste Transparenz bestehe bei den biologischen Offensivwaffen, deren Besitz Russland bestreitet. Problematisch sei auch die Sicherheit bei den russischen taktischen Nuklearwaffen und „last but not least“ die von russischen atomgetriebenen U-Booten ausgehende Gefährdung der Umwelt.

Diskussion

Abg. **Oleg Tolkachow** (Russische Föderation) versicherte eingangs, dass sein Land die WMD-Situation im Griff habe. In dem Maße, in dem Russland wirtschaftlich prosperiere, fließe mehr Geld in entsprechende Programme, auch in die Ausbildung von Experten. Im Übrigen habe es in Russland nie einen ernststen Unfall mit WMD gegeben, in den Vereinigten Staaten hingegen erst vor wenigen Wochen in Zusammenhang mit dem Hurrikan „Katrina“. An der dem Berichtsentwurf zugrunde liegenden Entschließung bemängelte er, ihr Tenor lege nahe, Russland sei eine Quelle der Bedrohung durch WMD, was nach Einschätzung der russischen Delegation jeglicher Grundlage entbehre. Abschließend erklärte er zwar die Bereitschaft seiner Delegation, den Entschließungsentwurf zu diskutieren, hielt jedoch eine Befassung von Experten mit diesem Thema für sinnvoller. Unmittelbar darauf reagierend erwiderte Generalberichterstatter **Pierre Claude Nolin**, neben der Expertenbefassung sei auch eine parlamentarische Begleitung, ja Kontrolle des

WMD-Sektors unverzichtbar. Auf den Einwand von Abg. **Victor Zavarzin** (Russische Föderation), der Bericht strotze vor Kritik an Russland und lasse einen konstruktiven Ansatz vermissen, entgegnete der Generalberichterstatte, der Bericht sei deshalb auf Russland fokussiert, weil es das größte WMD-Arsenal weltweit besitze. Positive Ansätze – wie z. B. Erfolge bei den U-Booten – lasse der Bericht nicht außer Acht. Abg. **Heikki Holmas** (Norwegen) bemängelte, dass der Bericht sich nicht ausreichend mit den Umweltaspekten der WMD befasse. Diesen Einwand entkräftete der Generalberichterstatte unter Hinweis darauf, dass der Ausschuss für Wissenschaft und Technologie sich vor zwei Jahren diesem Thema gewidmet habe.

III. Vortrag von Dr. William C. Potter, Leiter des Zentrums für Nichtweiterverbreitungs-Studien und des Zentrums für russische und eurasische Studien am Monterey Institute of International Studies, Vereinigte Staaten, zum Thema „NPT Review Conference 2005: Implikationen für das internationale Nichtweiterverbreitungsregime“

Auf den Punkt gebracht bewertete **Dr. William C. Potter** die *Review Conference* von 2005 zum Abkommen über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen (NPT) als einen Fehlschlag, weil ihre Schlusserklärung nicht viel Substanz beinhalte. Zurückzuführen sei dies auf Delegierte ohne ausreichende Expertise, auf die kompromisslose Haltung einiger Teilnehmerstaaten – insbesondere Ägypten – und die mangelnde Kooperation zwischen den Vereinigten Staaten und Russland. Damit laufe der ganze Review-Prozess Gefahr, bedeutungslos zu werden. Einigen Ländern – Korea, Iran, Ägypten und die Vereinigten Staaten – komme dies sehr gelegen. Kritisch bewertete er die Entscheidung der Vereinigten Staaten, am 18. Juli 2005 mit Indien ein Abkommen zu schließen, in dem Indien als „verantwortlicher“ Nuklearwaffenstaat anerkannt und der Handel mit zivilem Nuklearmaterial wieder aufgenommen worden sei. Damit hätten die Vereinigten Staaten ein Exempel statuiert und quasi die Kategorien „guter Proliferator“ und „schlechter Proliferator“ geschaffen. **Dr. William C. Potter** beendete seinen Vortrag mit dem Appell an die Ausschussmitglieder, man möge das Augenmerk verstärkt auf nichtstaatliche Akteure, die sich um die Beschaffung von Nuklearwaffen bemühten, richten.

Diskussion

Der Ausschussvorsitzende Abg. **Michael Mates** (Vereinigtes Königreich) mochte sich nicht der Kritik an dem US-amerikanischen Verhalten Indiens gegenüber anschließen und begründete dies damit, dass Kernenergie in Zukunft den rasant steigenden Energiebedarf zahlreicher Länder abdecken könnte. Abg. **Lothar Ibrügger** (Deutschland) fragte zunächst nach den Gründen dafür, dass die Mitglieder des Sicherheitsrates sich nicht auf eine gemeinsame Erklärung hätten verständigen können.

Ferner bat er um die Einschätzung **Dr. Potters** dazu, wie Nordkorea an dem Bau weiterer Nuklearsprengköpfe gehindert werden könne. Zum Scheitern der *Review Conference* erinnerte **Dr. Potter** zunächst daran, dass die letzte Konferenz dieser Art – im Jahr 2000 – allein deshalb zu einem erfolgreichen Abschluss habe gebracht werden können, weil sich die fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates zuvor darauf verständigt hätten, den Vertrag über Raketenabwehrsysteme (*Anti Ballistic Missiles, ABM*) nicht auf die Agenda zu setzen. Damals hätten die Vereinigten Staaten ernsthaft erwogen, sich aus dem ABM-Vertrag zurückzuziehen, was auch die *NPT Review Conference* überschattet hätte. Durch den Verzicht, die ABM-Problematik auf die Tagesordnung zu setzen, konnten die Vereinigten Staaten vielen Punkten der 2000er *Review-Conference* zustimmen. In der Vorbereitung der Überprüfungskonferenz 2005 habe dagegen keine vergleichbare politische Kompromissfähigkeit vorgeherrscht. Ob mit Nordkorea erfolgreich über Nuklearwaffen verhandelt werden könne, hänge davon ab, ob es diese Waffen tatsächlich als für seine Sicherheitsinteressen unabdingbar betrachte oder sie nur als Trumpfkarte bei den Verhandlungen im Ärmel behalte. Er zeigte sich beunruhigt darüber, dass Nordkorea seine Nukleartechnologie, -materialien und -waffen staatlichen wie nichtstaatlichen Akteuren liefern könnte.

IV. Vortrag von Martin Parry, „Meteorological Office“ des Vereinigten Königreiches, zum Thema „Bewertung möglicher Klimaveränderungen“

Einleitend unterstrich **Martin Parry**, er werde in seinem Kurzreferat nicht die Ursachen der Klimaveränderungen darlegen, stattdessen jedoch ihre möglichen Risiken. Kurzfristig könne es zu extremen Wettersituationen kommen mit entsprechenden Auswirkungen für Mensch und Vegetation. Sicherlich werde auch die Versicherungsbranche darauf reagieren. Auf mittlere Sicht werde es in Trockenregionen noch trockener und heißer, was den ohnehin schon benachteiligten Regionen – Afrika und der Nahe Osten – zusätzliche Belastungen aufbürden werde. Insgesamt werde in Europa der Norden Vorteile – bessere landwirtschaftliche Nutzung, Öffnung von Seewegen, Ressourceneinsparung – verbuchen können, der Süden hingegen Nachteile hinnehmen müssen. Als Gegenmaßnahmen empfahl er z. B. die Verbesserung des Küstenschutzes, die Verschärfung der Kyoto-Zielwerte und eine nachhaltige Entwicklung.

Diskussion

Zur Frage von **Lord John Sewel of Gilcomstoun** (Vereinigtes Königreich), wie sich die Klimaveränderung auf die Meeresströmungen auswirke, führte **Parry** aus, für den Golfstrom erwarte er eine Abschwächung, die in Nord- und Mitteleuropa zu einer deutlichen Abkühlung führen werde. Deutliche Kritik übte Abg. **Jérôme Riviére** (Frankreich) an den der Prognose zugrunde liegenden Daten und den geschilderten Auswirkungen des Klimawandels. **Parry** hielt dem entgegen, dass die Daten

zuverlässig seien und es auch von anderen Wetterdiensten überzeugende Hinweise für den Klimawandel gebe. Abg. **Theo Brinkel** (Niederlande) zeigte sich beunruhigt über den steigenden Meeresspiegel; gerade sein Land sei davon in besonderer Weise betroffen. Konkret bat er um Auskunft darüber, um wie viel Zentimeter das Wasser steigen werde. **Parry** hielt einen Anstieg um 10 bis zu 30 Zentimeter innerhalb der nächsten hundert Jahre für wahrscheinlich.

V. Beratung des Sonderberichts Entwurfes „Die Klimaänderung in der Arktis: Herausforderungen für die nordatlantische Gemeinschaft“, vorgelegt von Sonderberichterstatter Senator Pierre Claude Nolin (Kanada)

Ergänzend zu seinem im Frühjahr vorgelegten Sonderbericht führte Sonderberichterstatter Senator **Pierre Claude Nolin** aus, inzwischen stehe fest, dass die Kyoto-Ziele bis zum Jahr 2012 nicht erreicht würden. Stattdessen sollte bis zu diesem Zeitpunkt eine Reduzierung der Kohlenstoffemissionen um 25 Prozent ins Auge gefasst werden. Abschließend plädierte er dafür, den Klimaschutz als eine Angelegenheit nationaler Sicherheit zu betrachten und ihm einen entsprechenden Status zu geben.

Diskussion

Einmütig unterstützten die Ausschussmitglieder die Schlussfolgerungen und sich daraus ergebenden Forderungen des Sonderberichterstatters. Zusätzlich forderte Abg. **Emin Bilgic** (Türkei), die anderen Ausschüsse der NATO PV mit Nachdruck auf diese Entwicklungen hinzuweisen und in einem weiteren Schritt die betroffenen Regierungen zum Handeln aufzufordern. Abg. **Guido Brignone** (Italien) warnte vor Migrationsbewegungen aufgrund klimatischer Veränderungen.

VI. Beratung des Berichtsentwurfes des Unterausschusses „Weiterverbreitung von Militärtechnologie“ über „Die Sicherheitsimplikationen der Nanotechnologie“, vorgelegt von Berichterstatter Abg. Lothar Ibrügger (Deutschland)

Zunächst vermittelte Berichterstatter Abg. **Lothar Ibrügger** seinen Ausschusskollegen einen Überblick über die aktuellen Entwicklungen bei der Nanotechnologie und bot einen Ausblick auf deren zukünftige Nutzung. Da die Nanotechnologie praktisch alle Lebensbereiche – von der Schmutz abweisenden Oberfläche bis hin zur maßgeschneiderten Tumorbekämpfung – betreffe, könne man ohne Übertreibung von einer technologischen Umwälzung sprechen. Mithilfe der Nanotechnologie seien binnen weniger Jahre große Menschheitsprobleme – steigender Energiebedarf, Hungersnöte, Umweltkatastrophen – lösbar. Gleichwohl wollte der Berichterstatter nicht unerwähnt lassen, dass diese Technologie auch Risiken in sich birge; dank ihrer Winzigkeit könnten Nanopartikel leicht

in den menschlichen Körper eindringen und seien damit hochtoxisch. Darüber hinaus sei in Waffen eingebrachte Nanotechnologie von den geltenden Rüstungsverträgen nicht abgedeckt, auf der anderen Seite jedoch könne dank dieser Technologie auch die Sicherheit deutlich erhöht werden. Abschließend forderte der Berichterstatter die Ausschussmitglieder dazu auf, bei ihren jeweiligen Regierungen und in ihren Parlamenten dieses Thema ganz oben auf die Tagesordnung zu setzen und sich langfristig mit der friedlichen Nutzung dieser viel versprechenden Technologie zu befassen.

VII. Vortrag von Dr. Jürgen Altmann, Physiker und Friedensforscher, Universität Dortmund, zum Thema „Nanotechnologie: potenzielle militärische Anwendungen und präventive Rüstungskontrolle“

Dr. Jürgen Altmann leitete seinen Kurzvortrag mit seiner Einschätzung ein, dass die praktischen Anwendungsbereiche der Nanotechnologie in allernächster Zukunft sicher auch Computer, Mikroskope und Medizintechnik sein werden. Als Risiken nannte er im militärischen Bereich die geringe Größe der nanobasierten Technik; gerieten sie in falsche Hände, könnten Nanopartikel beim Menschen gesundheitliche Schäden hervorrufen. Diese neue Technologie unterliege auch keinen geltenden Rüstungskontrollinstrumenten. Hauptauftraggeber für nanotechnologische Forschung und Entwicklung sei das Militär, allen weit voran das Verteidigungsministerium der Vereinigten Staaten. **Dr. Altmann** kam zu dem Schluss, aus Sicherheitsgründen müsse die Herstellung und Verwendung von Nanoprodukten zuverlässig überwacht werden.

Diskussion

In der verbundenen Aussprache über den Bericht und den Vortrag interessierte sich Ausschussvorsitzender Abg. **Michael Mates** (Vereinigtes Königreich) dafür, wann denn wohl mit der Marktreife der ersten Nanoprodukte zu rechnen sei. Das werde innerhalb der nächsten zehn Jahre geschehen, so **Dr. Altmann**. Während sich Abg. **Vasily Tarasyuk** (Russische Föderation) allgemein besorgt über die potenziellen Gefahren dieser neuen Technologie äußerte, beunruhigte Abg. **Ramon Aleu** (Spanien) besonders die Aussicht darauf, dass innerhalb absehbarer Zeit selbstreplizierende Roboter auf den Markt kommen könnten. Letzteres schloss **Dr. Altmann** für die unmittelbare Zukunft aus, jedoch nicht die Modifizierung gefährlicher Stoffe mittels Nanopartikeln, so dass sich z. B. Viren weitaus schneller replizieren können.

VIII. Entschließung 344 „Die Sicherheit von Massenvernichtungswaffen und verwandtem Material in Russland“

Unter Würdigung der zahlreichen, von der russischen Delegation eingebrachten Änderungsanträge, von denen der Berichterstatter einige akzeptierte, verabschiedete der Ausschuss den Entschließungstext (Entschließung 344).

IX. Beitrag von Abg. Rafael Gimalow (Russische Föderation) zum Thema „Verbesserungen internationaler rechtlicher Vereinbarungen über militärische Aktivitäten im Weltraum“

Sein Hauptanliegen sei, so Abg. **Rafael Gimalow**, dass die bestehenden einschlägigen Abkommen den Gegebenheiten nicht mehr Rechnung trügen und ergänzt werden müssten. Handlungsbedarf sah er insbesondere beim Weltraumschrott, der als Abfallprodukt von Nukleartests und der friedlichen Nutzung des Weltraums im All schwebt. Dies könne zu Unfällen und Katastrophen führen; werde z. B. ein geostationärer Satellit durch umherschwebende Schrottteile beschädigt, könne dies gravierende Auswirkungen auf das Kommunikationssystem haben. Sorge bereiteten ihm auch neue *Player* im Weltall, nämlich private Rüstungsfirmen, die einerseits eine technologische Auszehrung und andererseits Waffenproliferation bewirken könnten. In einer Liste fasste er die von ihm vorgeschlagenen Maßnahmen zum Schutz des Weltraums zusammen. Der Ausschussvorsitzende Abg. **Michael Mates** (Vereinigtes Königreich) dankte Abg. Rafael Gimalow für seinen Beitrag und versicherte ihm, das Thema Weltraumschrott werde weiterhin im Fokus der Ausschussaktivitäten stehen.

X. Zukünftige Aktivitäten

Gegen Ende der Sitzung schlug der Ausschussvorsitzende Abg. **Michael Mates** (Vereinigtes Königreich) den Ausschussmitgliedern vor, dass der Generalberichterstatter sich weiterhin dem Thema Klimaveränderung widmen, der Unterausschuss sich des Nuklearprogramms Irans annehmen und der Ausschuss die Frage des technologischen Zusammenhalts innerhalb des Bündnisses behandeln solle. Für eine zusätzliche Befassung mit dem Thema Fluglärm plädierte Abg. **Theo Brinkel** (Niederlande). Was die Ausschussreisen anbelange, seien Besuche in den Vereinigten Staaten, Russland und Wien/Genf ins Auge gefasst, so Ausschussvorsitzender Abg. **Michael Mates**. Zu der USA-Reise gab Abg. **Lothar Ibrügger** (Deutschland) zu bedenken, ob es nicht sinnvoller sei, statt Regierungseinrichtungen in Washington in New York besser Organisationen der VN aufzusuchen.

XI. Personalien

Zuletzt bat der Ausschussvorsitzende Abg. **Michael Mates** (Vereinigtes Königreich) die Ausschussmitglieder um ihr Votum zur Wahl der Mandatsträger. Abg. **Lothar Ibrügger** (Deutschland) wurde zum stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses für Wissenschaft und Technologie gewählt, Abg. **Diana Strofova** (Slowakei) zur Berichterstatterin des Unterausschusses „Weiterverbreitung von Militärtechnologie“ und Abg. **Mario Tagarinski** (Bulgarien) zu dessen stellvertretendem Vorsitzenden.

Ständiger Ausschuss (SC)

Der Ständige Ausschuss tagte am 14. November 2005 unter dem Vorsitz des Präsidenten der NATO PV, Abg. **Pierre Lellouche** (Frankreich).

I. Politische Themen

Der Ausschuss verabschiedete die Erklärung 345 betreffend die Entsorgung überflüssiger Waffen und Munition in der Ukraine. Nach dem Willen der Versammlung soll die NATO im Rahmen des PFP-Programms ihre Anstrengungen verstärken, der Ukraine bei der Beseitigung und der Vernichtung von Waffen und Munition zu helfen.

In einer weiteren Erklärung (Erklärung 346 betreffend die Parlamentswahlen in Aserbaidschan) fordert die Versammlung die Regierung Aserbaidschans dazu auf, die Ergebnisse der Parlamentswahlen vom 6. November in den Wahlkreisen zu annullieren, in denen gegen internationale Standards verstoßen wurde. Auch müsse der Regierung Aserbaidschans klar gemacht werden, dass Verstöße gegen internationale Standards Konsequenzen für die Teilnahme des Landes an den euro-atlantischen Strukturen haben werde.

Nach Auffassung von Abg. **Vahit Erdem** (Türkei) ist der Text der Erklärung zu den Parlamentswahlen in Aserbaidschan zu kritisch. Das Land befinde sich derzeit in einer Phase des demokratischen Aufbaus. Dem widersprach Abg. **Markus Meckel** (Deutschland). Schließlich habe der Politische Ausschuss eine eindeutige Entschließung gegenüber Weißrussland mit deutlichen Anforderungen an künftige Wahlen verabschiedet und könne nun keine anderen Maßstäbe gegenüber Aserbaidschan anlegen. Die Schwierigkeiten mit Wahlen in Aserbaidschan hätten nichts mit mangelnder Erfahrung sondern mit mangelndem politischen Willen zu tun.

Stanislau Schuschkevitsch, oppositioneller Politiker aus Weißrussland, erinnerte den Ausschuss in einer Ansprache daran, dass sein Land eine europäische Nation mit einer langen Geschichte von konstitutioneller Demokratie und Christentum sei. Vor zweihundert Jahren sei es gewaltsam von Russland kolonialisiert worden. Nachdem nach 1991 demokratische Strukturen im Aufbau gewesen seien, habe der 1997 an die Macht gekommene Präsident Lukaschenko das unabhängige Parlament und die Judikative beseitigt. Darüber hinaus sei er dem Willen Russlands gefolgt und habe Weißrussland als eine militärische Basis zur Verfügung gestellt. Er rief den Ausschuss dazu auf, zum Aufbrechen der Informationsblockade in Weißrussland beizutragen und Russland unter Druck zu setzen, die demokratischen Ansätze in seinem Land nicht zu vernichten. Die internationale Staatengemeinschaft müsse darauf achten, dass die Präsidentschaftswahlen im Jahr 2006 frei und fair ablaufen.

Die Versammlung stimmte dem Vorschlag von Präsident **Pierre Lellouche** (Frankreich) zu, Weißrussland Unterstützung bei der Wahlbeobachtung der Präsidentschaftswahlen im Jahr 2006 anzubieten.

Die Versammlung schloss sich einem weiteren Vorschlag des Präsidenten an, Vertreter Mauretaniens zu Veranstaltungen der Sondergruppe Mittelmeer einzuladen. Diesen Vorschlag unterstützte Abg. **Markus Meckel** (Deutschland) und erinnerte den Ausschuss daran, dass das ehemalige Regime in Mauretanien nicht gerade ein Beispiel an demokratischen Umgangsformen dargestellt habe. Das

mauretanische Parlament war im August 2005 nach einem Putsch aufgelöst worden.

Des Weiteren stimmte der Ausschuss darin überein, die Kontakte zu China zu intensivieren. Nach Ansicht von Abg. **Markus Meckel** (Deutschland) ist China ein wichtiger und globaler *Player*. Das Land sei ein wichtiger sicherheits- und wirtschaftspolitischer Partner. Daher tue der Wirtschafts- und Sicherheitsausschuss der NATO-Versammlung gut daran, Kontakte zu China zu pflegen. Es empfehle sich aber, einen statt zwei Besuche in China zu planen. Nach Angaben von Präsident **Pierre Lellouche** (Frankreich) hat sich das Präsidium der Versammlung darauf verständigt, Vertreter Chinas zur Frühjahrstagung in Paris im Jahre 2006 einzuladen. Diese sollten aber aus den Verteidigungs- und Außenministerien und nicht aus dem Nationalen Volkskongress kommen

Der Präsident stimmte dem Vorschlag von Abg. **Rafael Estrella** (Spanien) zu, mit einem strategischen Dokument die Rahmenbedingungen für die Kontakte der Versammlung zu China festzulegen.

Darüber hinaus nahm die Versammlung einen Vorschlag des NATO-Russland Parlamentarischen Ausschusses an, eine Sondergruppe zur Beobachtung des vereinbarten russischen Truppenabzugs von den Militärbasen in Georgien zu bilden. Der georgische Außenminister habe den Präsidenten bereits zu einem Besuch im nächsten April eingeladen, so Präsident **Pierre Lellouche**. Die Sondergruppe solle den Auftrag erhalten, russische Militärbasen in Abchasien und anderswo zu besuchen. Der Militärabzug der russischen Truppen ist für das Jahr 2008 geplant.

Zum Thema Beziehungen der Versammlung zur Delegation des Europäischen Parlaments (EP) erklärte Abg. **Markus Meckel** (Deutschland), die Vertreter des EP sollten den gleichen Status erhalten wie die Abgeordneten der assoziierten Länder. Seinem Willen nach solle die Versammlung während der nächsten Frühjahrstagung die Möglichkeiten erörtern, in eine strategische Debatte mit dem EP einzutreten und die Beziehungen zu intensivieren. Der Präsident lud die Delegierten dazu ein, schriftliche Vorschläge zu diesem Thema zu machen.

II. Bericht des Generalsekretärs der NATO PV, Simon Lunn, über die Prioritäten und Aktivitäten der Versammlung

Im Anschluss an den Bericht des Generalsekretärs äußerte Präsident **Pierre Lellouche** (Frankreich) die Auffassung, die Versammlung leiste qualitativ gute Arbeit, die sich auf sehr viele Gebiete erstreckte. Der Arbeitsumfang und Aufwand der Versammlung übersteige die der anderen interparlamentarischen Versammlungen (OSZE PV, WEU-Versammlung, PV des Europarates, IPU und EM PV). Dennoch stehe der personelle, finanzielle und zeitliche Arbeitsaufwand in keinem Verhältnis zu den Auswirkungen auf die Öffentlichkeit und die Regierungen. Der 50. Jahrestag der Gründung der Versammlung sei daher ein guter Zeitpunkt, über mögliche Verbesserungen nachzudenken. So müsse sich die Versammlung die Frage stellen, ob eine bessere Prioritätensetzung zu mehr

Effektivität führen könne. Angesichts der vielfältigen Aktivitäten von Mauretanien über China bis zur Beobachtung der Wahlen in Palästina und im Nahen Osten sei dies die zentrale Frage. Falls es der Versammlung nicht gelinge, ihre Arbeit zu verbessern, könne es zu einer Hinterfragung der Relevanz des Gremiums kommen. Vor dem Hintergrund der neu entstandenen Kommunikationskanäle zwischen dem EP und dem US-amerikanischen Kongress stelle sich diese Frage umso mehr, da die Versammlung nicht der einzige Ort für den transatlantischen Dialog sei. Obwohl die Versammlung sich aus vielen talentierten Mitgliedern zusammensetze, sei das politische Gewicht und das Maß an Einfluss und Relevanz in der Öffentlichkeit sehr niedrig. Viele Parlamentarier wüssten einfach nichts über die Versammlung und ihre Arbeit. Seiner Auffassung nach gibt es zwei Reformfelder: erstens die interne Arbeit der Versammlung und zweitens die öffentliche Wirksamkeit.

III. Vorschlag für die Einrichtung einer Arbeitsgruppe zur Reform der NATO PV

Der Ständige Ausschuss beschloss, eine Arbeitsgruppe zur Reform der Arbeit der Versammlung einzurichten. Deren Mitglieder sind Abg. **Daniel Bacquelaire** (Belgien), Senator **Pierre Claude Nolin** (Kanada), Abg. **Vahit Erdem** (Türkei) und Senator **Giovanni Lorenzo Forciere** (Italien). Die Aufgabe der Arbeitsgruppe ist es, alle Aspekte der internen Strukturen der Versammlung zu untersuchen. Fragen der Koordination, der Mandatslaufzeiten, der Tagungsstrukturen und der Beziehungen zum Nordatlantikrat sollen erörtert werden. Die Arbeitsgruppe müsse sich auch mit Fragen der Reichweite der Arbeit der Versammlung beschäftigen, erklärte Präsident **Pierre Lellouche** (Frankreich). Schließlich sei ein Charakteristikum der Regierungsorganisation NATO das demokratische Defizit. Die Frage sei, wer die NATO kontrolliere, wer darauf achte, wie das Geld ausgegeben und welche Missionen verabschiedet werden. Die nationalen Parlamente und auch die Versammlung täten dies nicht. Die Regierungen hätten die Aufgabe, diese Fragen zu stellen. Wenn die Mitglieder der Versammlung wollen, dass die Versammlung an Relevanz gewinnt, so sollten sie sich auch wie ein Parlament benehmen. Die Arbeitsgruppe müsse auch die Frage erörtern, ob die Versammlung sich selbst eine Charta geben sollte.

Nach Auffassung von Abg. **Rafael Estrella** (Spanien) hat die Versammlung schneller auf Veränderungen reagiert als die NATO selbst. So habe sie auch Parlamenten aus Nichtmitgliedsländern nach dem Fall der Mauer schnell die Möglichkeit der Mitarbeit eröffnet. Er räumte ein, dass es die Berichtsentwürfe, Entschließungen und Empfehlungen in der Regel nicht in die Schlagzeilen der Medien schafften. Allerdings sei die Aufmerksamkeit der Presse auch nicht ein angebrachter Maßstab für den Wert eines Berichtes. Viele Institutionen und *Think Tanks* arbeiteten mit den Berichten der Versammlung. Als in erster Linie ein Konsultativgremium bezeichnete Abg. **José Lello** (Portugal) die Versammlung. Sie sei ein Ideenlabor, das Neues ausprobieren. Es befördere die gemeinsamen Werte und solle auf diese Rolle stolz sein. Das Gremium

sei eine exzellente Möglichkeit, um mit anderen Parlamentariern in Verbindung zu treten. Dies sei also nicht der Zeitpunkt, um ein völlig neues Parlament zu schaffen. Die Mitglieder der Versammlung hätten schließlich ebenso die Möglichkeit, ihre nationalen Regierungen und damit auch die NATO zu kontrollieren.

Abg. **Markus Meckel** (Deutschland) begrüßte die Diskussion über die Effektivität der Versammlung und die Bemühungen, angesichts der globalen Herausforderungen Reformen anzugehen. Er sprach sich aber dagegen aus, die Laufzeiten der Mandate aneinander anzupassen. So solle die Arbeit des Schatzmeisters von Kontinuität geprägt sein. Zu überlegen sei, ob der Präsident ein einmaliges zweijähriges Mandat bekommen sollte. Möglich sei es auch, die Laufzeiten in den Ausschüssen von vier auf drei Jahre zu verkürzen. In der vom Präsidenten der Versammlung vorgelegten Arbeitsgrundlage würden die richtigen Fragen gestellt, die gründlich erörtert werden sollten. Abg. **Joel Hefley** (Vereinigte Staaten) äußerte einige Vorbehalte gegenüber der Arbeit der Arbeitsgruppe. Angesichts des enormen Arbeitsaufwandes für einige Mandate müsse gründlich überlegt werden, ob deren Laufzeiten wirklich verlängert werden sollten. Im Zusammenhang mit der Arbeitsgruppe müsse die Frage gestellt werden, ob diese nicht unnötigerweise zu weiteren Belastungen der Mitarbeiter des Internationalen Sekretariats führe. Außerdem sei es für ein Mitglied der amerikanischen Delegation sehr schwierig, an den Diskussionen teilzunehmen. Die Möglichkeiten der Involvierung der US-Delegation seien bereits ausgereizt. Es solle überlegt werden, ob die Reformfrage innerhalb der bestehenden Strukturen angegangen werden könne. Richtig sei es, stärkere Beziehungen zum Nordatlantikrat zu suchen und über eine Charta der Versammlung im Sinne einer besseren Definierung der Rolle und der Mission nachzudenken.

Abg. **Bruce George** (Vereinigtes Königreich) erinnerte den Ausschuss an die Veränderungen, denen sich die Versammlung in den letzten 20 Jahren bereits unterzogen habe. Angesichts der begrenzten personellen und finanziellen Möglichkeiten spiele die Versammlung eine exzellente Rolle. Vorschläge, die Laufzeiten für das Amt des Präsidenten auf drei bis vier Jahre zu verlängern, lehnte er ab. Das Internationale Sekretariat lege in aller Regel hervorragende Berichtsentwürfe vor, auf die viele Interessierte via Internet zurückgriffen. Es sei allerdings richtig, die Bandbreite der Aktivitäten der Versammlung zu konzentrieren. Andererseits riskiere das Gremium, die Aktivitäten zu sehr auszuweiten und Überflüssiges zu produzieren.

IV. Bericht des Schatzmeisters

Der Schatzmeister der Versammlung, Abg. **Lothar Ibrügger** (Deutschland), wies auf den limitierten Haushalt des Gremiums hin und erinnerte die Delegierten daran, dass die personellen und finanziellen Ressourcen für zusätzliche Aktivitäten und Projekte nicht vorhanden seien. Im laufenden und auch in den nächsten Haushaltsjahren sei nur geringer Spielraum für zusätzliche Ausga-

ben. Er bedankte sich beim Internationalen Sekretariat der Versammlung, welches ein hervorragendes Buch zur Erinnerung an den 50. Jahrestag der Gründung der Versammlung vorgelegt habe.

Plenarsitzung

Am Dienstag, dem 15. November 2005, fand unter dem Vorsitz des Präsidenten der NATO PV, Pierre **Lellouche** (Frankreich) die Plenarsitzung der Versammlung statt.

I. Überblick über die Tagesordnung und Themen

Zu den wichtigsten Rednern gehörten der dänische Premierminister **Anders Fogh Rasmussen**, der Präsident der Versammlung **Pierre Lellouche** und der NATO-Generalsekretär **Jaap de Hoop Scheffer**. Ferner bot die Versammlung dem Vorsitzenden der oppositionellen Sozialdemokratischen Partei von Weißrussland, **Stanislaw Schuschkewitsch**, sowie **Giorgi Baramidze**, Minister für Europäische und Euroatlantische Integration Georgiens, Gelegenheit, die Situation ihres Landes darzulegen.

II. Ansprache des dänischen Premierministers Anders Fogh Rasmussen

Premierminister **Anders Fogh Rasmussen**, unterstrich, das Zusammentreffen der Parlamentarier zeige den Willen und die Fähigkeit der Zusammenarbeit. Die Bedeutung der NATO liege in der Verteidigung von Freiheit und Demokratie. Die 1941 von Roosevelt und Churchill formulierten Prinzipien – Selbstbestimmung, freier Handel und Sicherheit – seien auch heute noch gültig. Selbstbestimmte Nationen seien weniger aggressiv und demokratische Regierungen wirkten als Sicherheitsgarantie. Die genannten Prinzipien würden heute, nach dem Ende des Kalten Krieges, angegriffen durch Terrorismus, Extremismus und Radikalismus. Die Situation in Afghanistan und Irak zeige, dass Frieden und Wohlstand ohne diese Prinzipien nicht möglich seien. Die NATO nannte er die Verkörperung dieser Werte auf beiden Seiten des Atlantiks. Für Dänemark sei die NATO die fundamentale militärische und politische Organisation und das einzige Forum für Sicherheitsfragen auf täglicher Basis. Neue Gefahren seien heute die diffusen Bedrohungen durch Terrorismus, Massenvernichtungswaffen etc. Man müsse Werte wie Menschenrechte, Demokratie etc. verteidigen, auch wenn deren Verletzung außerhalb des Vertragsgebietes stattfinde. Die NATO habe die Herausforderungen der 90er Jahre gemeistert. Einsätze in Bosnien und Herzegowina und Kosovo zur Beendigung der ethnischen Säuberungen und später in Afghanistan und Irak ließen die Frage verstummen, warum die NATO da sei. Notwendig sei die Bereitschaft, den Reden auch Taten folgen zu lassen: die Truppenstellung bei den Operationen sei häufig unzureichend. Auch die Transformation von Truppen sei nötig, um die Eignung für diese Einsätze sicherzustellen. Der Premierminister unterstrich die Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit anderen Organisationen und NROs. Die genannten Prinzipien seien nach wie vor gültig.

Plenardebatte

In der anschließenden Diskussion wurden Fragen zum Einsatz in Afghanistan und Irak gestellt sowie zu einer Initiative gegen die Atomanreicherungsprogramme des Iran. Abg. **Ursula Mogg** (Deutschland) fragte nach dem Afghanistan-Einsatz und der Bedeutung der Zusammenarbeit mit Deutschland und Polen für Dänemark. Premierminister **Rasmussen** antwortete, die Rolle der NATO im Irak sei definiert. Ziel sei, dass die Bürger die Verantwortung übernehmen. Die NATO müsse in Afghanistan bleiben, bis die Sicherheitskooperation funktioniere. In Afghanistan seien demokratische Wahlen durchgeführt worden. Man solle alles tun für die Unterstützung. Die NATO stärke durch ihre Präsenz die Demokratien und damit auch die Sicherheit. Eingehend auf die Frage von Abg. Ursula Mogg meinte er, die dänische Kooperation mit Deutschland und Polen im PRT sei sehr gut und stelle ein gutes Beispiel für regionale Zusammenarbeit dar.

III. Ansprache des Präsidenten der Versammlung, Pierre Lellouche

Präsident **Pierre Lellouche** dankte der dänischen Delegation für die Einladung und die großartige Konferenz. Im Bericht über seine Tätigkeit unterstrich er sein Ziel, Reformen der NATO PV auf den Weg zu bringen und ihr eine neue Dynamik zu geben. In 2005 hätten viele Aktivitäten stattgefunden, darunter mehr als 40 Ausschussbesuche, zahlreiche Seminare und ein Transatlantisches Forum. Er erinnerte an die von ihm bei der letzten Jahrestagung genannten Prioritäten. Zur Verstärkung der transatlantischen Beziehungen habe u. a. ein Treffen mit dem US-amerikanischen Parlamentspräsidenten Denis Hastert wegen der Beteiligung der US-Delegation stattgefunden. Weiter hob er die Arbeit im Zusammenhang mit der Ukraine und Weißrussland hervor, was sich auch in den Entschleunigungen widerspiegele. Eine weitere Priorität sei die Aktivität der Versammlung im Mittelmeerraum. Man wolle den Einfluss dort verstärken, die Arbeit habe neuen Schwung bekommen. Vier arabische Staaten seien assoziierte Mitglieder, ebenso die Knesseth. Eine weitere Priorität sei der Kaukasus, wo Rose-Roth-Seminare stattgefunden haben, sowie die Tätigkeit des NATO-Russland-Rats. Die Versammlung sei sehr aktiv – die aktivste der parlamentarischen Versammlungen –, aber müsse noch neue Herausforderungen meistern. Er habe eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die sich mit der Reformfrage befassen solle. Die Arbeitsbereiche umfassten Themenauswahl, Mandatsdauer, Arbeitsweise in den Plenarsitzungen, Außerdarstellung und Außenbeziehungen sowie inhaltliche Schwerpunktsetzung. Mitglieder seien drei europäische und ein nordamerikanischer Abgeordneter. Erste Ergebnisse sollen im März 2006 im Ständigen Ausschuss vorgestellt werden.

IV. Ansprache von Stanislaw Schuschkewitsch, Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei in Weißrussland

Parteivorsitzender **Stanislaw Schuschkewitsch** sprach als Vertreter der demokratischen Opposition in Weißrussland

zur Versammlung. Er kritisierte die diktatorischen Zustände in seinem Land. Es gebe keinerlei Medienfreiheit, da die Medien dem Staat gehören. Bürger hätten keinerlei Zugang zur Information. Die oppositionellen Kräfte wollten sich in Weißrussland vereinen und dann könne man auch ein demokratisches Land werden. Er bat die Mitglieder der Versammlung um Unterstützung.

V. Ansprache von Giorgi Baramidze, Minister für Europäische und Euroatlantische Integration in Georgien

Minister **Giorgi Baramidze** unterstrich, dass Georgien eine europäische Nation sei. Mehr als 90 Prozent der Bevölkerung unterstützten die NATO. Seit der Rosen-Revolution Ende 2003 sei viel erreicht worden in den Bereichen Bildung, Soziales etc., es gebe aber auch noch viel zu tun. Man versuche den individuellen Partnerschaftsaktionsplan zu verabschieden. Viele in Russland hofften auf ein Zurückdrehen der Geschichte und eine Wiedereingliederung der ehemals abhängigen Länder in den russischen Einflussbereich. Georgien tue alles, um eine moderne Demokratie zu werden. Ohne Zugangsperspektive nach Europa werde sich Georgien aber nachteilig entwickeln. Man versuche, Konflikte friedlich beizulegen und den Dialog mit Russland zu verstärken. Präsident **Pierre Lellouche** unterstrich, dass der Ständige Ausschuss der Beobachtergruppe für den Truppenabzug in Georgien zugestimmt habe.

VI. Ansprache von Jaap de Hoop Scheffer, Generalsekretär der NATO und Vorsitzender des Nordatlantikrates

NATO-Generalsekretär **Jaap de Hoop Scheffer** ging auf die Aktivitäten der Allianz im Kosovo und Afghanistan sowie die Trainingsaktivitäten für den Irak ein. Die NATO sei in Darfur (Sudan) bei der Verbesserung der Lebensbedingungen tätig sowie in den Vereinigten Staaten nach dem Hurrikan „Katrina“. Angesichts der vielfältigen Einsätze gebe es keine Debatte mehr über die Relevanz der Allianz. Die NATO mit ihren neuen Einsatzgebieten befinde sich in der Transformation. Die Struktur der NATO stehe im Zentrum des nächsten Gipfeltreffens. Sowohl die Regierungen als auch die Parlamente müssten sich daran beteiligen. Die erste große Frage sei die nach den Kernfunktionen der NATO. Die eigentliche Kernfunktion sei die Bündnisverteidigung nach Artikel 5 des NATO-Vertrages, aber die meisten Einsätze seit Ende des Kalten Krieges hätten damit nichts zu tun. In diesem Zusammenhang stelle sich immer die Frage nach der Dauer der Aktivitäten, worauf die Antwort laute: die NATO bleibe so lange, wie sie gebraucht werde. Die zweite große Frage sei der militärische Umbau, wobei die Einsatzfähigkeit der Streitkräfte die Schlüsselfrage sei. In diesem Rahmen würden die Finanzierung der Operationen und gemeinsamer Gerätschaften diskutiert. Ein Schwerpunkt sei außerdem die Rolle der NATO im Kampf gegen den Terrorismus. Zur politischen Rolle der NATO forderte er die Stärkung des politischen Dialoges und der politischen Rolle der Organisation, für die auch

die Beziehungen zu den VN, zur EU usw. wichtig seien. Hier gebe es Fortschritte durch gemeinsame Einsätze auf dem Balkan.

Plenardebatte

In der anschließenden Diskussion wurden Fragen nach Chinas Aufstieg zur Supermacht gestellt, nach den Beziehungen der NATO zu Japan, der Zusammenlegung der Operationen *Enduring Freedom* und ISAF in Afghanistan sowie zum NATO-Russland-Dialog über Moldau. Abg. **Dr. Karl Lamers** (Deutschland) unterstrich, dass alle die Beiträge der NATO sowie auch das Engagement der EU schätzen und fragte, welche Vorschläge der Generalsekretär zur Bündelung der Kräfte mit der möglichen Folge einer Kostenersparnis habe. Der NATO-Generalsekretär antwortete, es sei wünschenswert, dass NATO und EU sehr eng zusammenarbeiten. 19 von 26 NATO-Mitgliedern seien EU-Mitglieder. Die Parlamente könnten helfen, Probleme zu lösen. Als Beispiel dafür nannte er die Problemfälle Zypern und Malta.

VII. Ansprache des türkischen Premierministers Recep Tayyip Erdogan

Premierminister **Recep Tayyip Erdogan** erklärte, neue Akteure und Globalisierung hätten positive und negative Auswirkungen. Die Versammlung sei wichtig für die NATO, Hauptgrundsatz sei insofern die demokratische Kontrolle. Wenn die Welt frei, wohlhabend und sicher sein wolle, sei Demokratie die Voraussetzung, und dafür brauche es ein funktionierendes Parlament. Die Parlamente hätten die Aufgabe, die Anliegen der Bürger an die Regierungen und die Öffentlichkeit weiter zu tragen. Die

NATO sei eine militärische und politische Organisation. Die Türkei begrüße besonders die Initiative im Mittelmeerraum und sei entschlossen, auch die Arbeit der Versammlung weitest möglich zu unterstützen.

Plenardebatte

Anschließend wurden Fragen gestellt zum Engagement der NATO im Südkaukasus und türkische Prioritäten, zum Prozess gegen einen Journalisten, der über den Völkermord in Armenien berichtete, zur Rolle der Türkei in Mittelasien und zur EU-Mitgliedschaft.

VIII. Personalien

Der Präsident der Versammlung, Abg. **Pierre Lellouche** (Frankreich), wurde per Akklamation wieder gewählt.

Als Vizepräsidenten der Versammlung wurden Abg. **José Lello** (Portugal) gewählt und die Abg. **Jozef Banás** (Slowakei), Abg. **Vahit Erdem** (Türkei), Abg. **Bert Koenders** (Niederlande) und Abg. **Pierre Claude Nolin** (Kanada) per Akklamation wieder gewählt.

Abg. **Lothar Ibrügger** (Deutschland) wurde als Schatzmeister der Versammlung per Akklamation wieder gewählt.

Markus Meckel, MdB
Leiter der Delegation

Volker Bouffier, Staatsminister
Stellvertretender Leiter der
Delegation

Anlage 1

Entschließung 335¹

**betr. den Schutz und die Integration von
Minderheiten als Beitrag zur Stabilität im
Südkaucasus**

Die Versammlung,

1. **in Bekräftigung dessen**, dass die Versammlung sich nachdrücklich zu Frieden und Stabilität im Kaukasus bekennt;
2. **darin erinnernd**, dass das Atlantische Bündnis auf dem Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs in Istanbul 2004 beschlossen hatte, „den besonderen Schwerpunkt darauf zu legen, uns gemeinsam mit unseren Partnern in den strategisch wichtigen Regionen des Kaukasus und Zentralasiens zu engagieren“;
3. **in der Überzeugung**, dass der Schutz und die Integration nationaler und religiöser Minderheiten ein entscheidender Beitrag zu Frieden und Sicherheit sind;
4. **in Anerkennung dessen**, dass die Länder des Südkaucasus seit ihrer Unabhängigkeit einen wichtigen demographischen Wandel durchgemacht haben, der in manchen Fällen zu einer größeren Verletzbarkeit und Isolierung von Minderheitsgruppen geführt hat;
5. **mit Lob für** die ermutigenden Maßnahmen, die die Regierungen und Parlamente Armeniens, Aserbaidschans und Georgiens zum Schutz und zur Integration von Minderheiten ergriffen haben;
6. **jedoch feststellend**, dass weitere Anstrengungen erforderlich sind, um die Integration und den Schutz von Minderheiten in der Region gemäß internationalen Standards zu gewährleisten;
7. **erneut bekräftigend**, dass ein angemessener Schutz für Personen, die nationalen und religiösen Minderheiten angehören, ein integraler Teil des Schutzes der Menschenrechte ist;
8. **daher in der Überzeugung**, dass der wirksame Schutz und die Integration von Minderheiten ein wichtiger Indikator für die Verpflichtung einer Regierung gegenüber Demokratie und politischer Stabilität ist;
9. **unter Betonung**, dass in Anbetracht dessen, dass derzeit wichtige Wahlprozesse sowie Verfassungs- und politische Reformen in Armenien, Aserbaidschan und Georgien stattfinden, Maßnahmen ergriffen werden sollten, um sicherzustellen, dass diese Prozesse transparent und demokratisch sind und eine angemessene Beteiligung von Minderheitengruppen garantieren;
10. **nochmals nachdrücklich betonend**, dass die Konflikte in Abchasien, Südossetien und Nagorno-Karabach ein grundlegendes Hindernis für Frieden und Stabilität in der Region sind sowie eine direkte oder indirekte Quelle von Spannungen in den Beziehungen zwischen Mehrheits- und Minderheitengruppen;
11. **daher überzeugt von** dem engen Zusammenhang zwischen der Lösung der Konflikte in den drei Regionen und dem angemessenen Schutz und der Integration von Minderheiten nach den internationalen Standards;
12. **zu der Überzeugung gelangt**, dass die Förderung regionaler und anderer multilateraler Initiativen wie die Vereinbarungen von Sotschi (2003) dazu beitragen kann, das gegenseitige Vertrauen und die gegenseitige Toleranz zu stärken, insbesondere im Fall von Gesellschaften, die von Konflikten zerrissen wurden, sowie gemeinsame Herausforderungen im Zusammenhang mit der Lage von Minderheitengruppen anzugehen;
13. **FORDERT** die Regierungen und Parlamente Armeniens, Aserbaidschans und Georgiens **NACHDRÜCKLICH DAZU AUF**,
 - a. wichtige internationale Instrumente zu ratifizieren und vollständig umzusetzen, darunter insbesondere das Rahmenübereinkommen des Europarates zum Schutz nationaler Minderheiten und die Europäische Charta der Regional- und Minderheitensprachen;
 - b. die notwendigen Schritte zu ergreifen, um im Einklang mit ihren jeweiligen internationalen Verpflichtungen eine klare und kohärente politische Strategie für Minderheiten in Absprache mit letzteren zu definieren;
 - c. Programme zur Förderung der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Integration von Personen, die religiösen und nationalen Minderheiten angehören, zu verabschieden und umzusetzen und angemessene Bedingungen für die Erhaltung von Minderheitenkulturen, -religionen und -sprachen als ein entscheidender Faktor für den Aufbau friedlicher, offener und toleranter Gesellschaften zu gewährleisten;
 - d. insbesondere den Zugang zu politischen und administrativen Posten im Parlament und in den nationalen und kommunalen Verwaltungen für Personen, die Minderheiten angehören, zu erleichtern;
 - e. sich vollständig zur friedlichen Lösung der Konflikte in Abchasien, Südossetien und Nagorno-Karabach zu verpflichten und die diesbezüglichen fortlaufenden regionalen und internationalen Anstrengungen vor allem im Rahmen der Minsker Gruppe der OSZE, der Gruppe der Freunde des Generalsekretärs und der Gemeinsamen Kontrollkommission voll und ganz zu unterstützen;

¹ vorgelegt vom Ausschuss für die Zivile Dimension der Sicherheit.

- f. die Programme für politische, rechtliche, soziale und Wirtschaftsreformen als Teil ihrer Verpflichtungen gegenüber den internationalen Institutionen einschließlich der NATO zu verstärken;
 - g. Initiativen zur Verbesserung der Lage der Vertriebenen und Flüchtlinge in der Region des Südkaukasus zu fördern, um zum Aufbau von Vertrauen unter den Gesellschaften beizutragen;
14. **FORDERT** die Regierungen und Parlamente der Mitglieds- und Partnerländer des Nordatlantischen Bündnisses **NACHDRÜCKLICH DAZU AUF**,
- a. Initiativen zu ermutigen, die auf den Aufbau von Vertrauen in und unter den Gesellschaften in der Region des Südkaukasus abzielen;
 - b. wann immer es möglich ist, die Frage des Schutzes und der Integration von Minderheiten in ihre bilateralen und multilateralen Beziehungen zu den Ländern des Südkaukasus zu integrieren;
 - c. im Rahmen ihrer Möglichkeiten und Kompetenzen die von den Regierungen und Parlamenten der Region gemeinsam mit den internationalen Institutionen unternommenen Anstrengungen zur friedlichen Lösung der Konflikte in Abchasien, Südossetien und Nagorno-Karabach zu unterstützen;
 - d. den ergiebigen Dialog innerhalb der Versammlung, die ein hervorragendes Forum zur Förderung der Zuversicht und des gegenseitigen Vertrauens ist, fortzusetzen.

Anlage 2

Entschließung 336²

betr. den Abbau nationaler Restriktionen

Die Versammlung,

1. *daran erinnernd*, dass nationale Restriktionen als Einschränkungen definiert werden, die für den Einsatz nationaler Militärkontingente, die als Teil einer multinationalen Operation operieren, auferlegt wurden;
2. *unter Hinweis darauf*, dass nationale Restriktionen sowohl erklärt und den Befehlshabern somit bekannt sein können, als auch unerklärt und den Befehlshabern folglich unbekannt sein können, bevor sie einer bestimmten Einheit tatsächlich eine Mission übertragen und entdecken, dass eine Einschränkung diese Einheit daran hindert, die Mission auszuführen;
3. *daran erinnernd*, dass derartige Restriktionen die Fähigkeit der NATO-Truppen im Kosovo begrenzen, bei den dortigen zivilen Unruhen im März 2004 einzugreifen;
4. *feststellend*, dass die NATO diese Frage seither in den meisten Fällen gelöst hat und dass die derzeitige Streitmacht im Kosovo sehr viel flexibler und fähiger ist, bei künftigen Zwischenfällen einzugreifen;
5. *ferner unter Hinweis darauf*, dass, wenngleich im Fall des Kosovo viele dieser Restriktionen beseitigt wurden, die Restriktionen für den Einsatz nationaler Militärkontingente in Afghanistan weiterhin ein ernsthaftes Problem darstellen;
6. *mit Besorgnis darüber*, dass die militärischen Befehlshaber der NATO-Streitkräfte in Afghanistan nationale Restriktionen beständig als ein beträchtliches Hindernis für die Planung und Ausführung ihrer Missionen nennen;
7. *feststellend*, dass diese Frage nicht eher gelöst wurde, bis es zu einer Krise im Kosovo kam;
8. *besorgt darüber*, dass das Bündnis nicht eine weitere Krisensituation abwarten sollte, um Änderungen in der Art und Anzahl der Restriktionen im Hinblick auf die Mission in Afghanistan herbeizuführen, da dies schwerwiegende negative Auswirkungen auf die Glaubwürdigkeit der Allianz haben könnte;
9. *ferner mit Besorgnis darüber*, dass bestehende nationale Restriktionen einen schwächenden Effekt auf die ISAF haben werden, die ihre Präsenz in Afghanistan weiter auf den Süden und Osten des Landes ausdehnt;
10. *in Anerkennung dessen*, dass souveräne Nationen das Recht haben, die Bedingungen zu definieren, zu denen sie an einer Mission teilnehmen;
11. *jedoch auch in Anerkennung dessen*, dass derartige Bedingungen allen anderen Teilnehmern an der Mission vor einem Einsatz mitgeteilt werden sollten, um eine Komplizierung des Planungsprozesses zu vermeiden;
12. **FORDERT** die Parlamente und Regierungen der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses **DAZU AUF**,
 - a. die Anwendung unerklärter Restriktionen auszuschließen und es zu ermöglichen, dass die Einschränkungen im Hinblick auf ein nationales Kontingent beim Truppenplanungsprozess berücksichtigt werden;
 - b. die Anwendung erklärter Restriktionen zu minimieren und die spezifischen Restriktionen regelmäßig erneut zu erwägen, um zu bestimmen, welche von ihnen in Anbetracht von Änderungen im Operationsumfeld oder bei den verfügbaren Ressourcen des nationalen Kontingents beseitigt werden können.

² vorgelegt vom Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit.

Anlage 3

Entschließung 337³betr. **eine stärkere gemeinsame Finanzierung von Nato- Operationen**

Die Versammlung,

1. **in Anerkennung dessen**, dass sich die NATO-Eingreiftruppe (NRF) nach dem Rotationsprinzip aus Streitkräften aus den Mitgliedstaaten zusammensetzt, jedoch auf freiwilliger Basis;
2. **in der Erkenntnis**, dass sich das Bündnis auf die nationalen militärischen Fähigkeiten seiner Mitgliedstaaten stützt;
3. **ferner in Anerkennung dessen**, dass einige Kosten gemeinsam über die Gemeinschaftshaushalte der Allianz getragen werden;
4. **in dem Verständnis**, dass aus diesen Gemeinschaftshaushalten eine Reihe von Ausgaben bestritten werden und dass sie in der Geschichte des Bündnisses erhöht oder angeglichen wurden, um sich den veränderten Bedingungen anzupassen;
5. **mit Genugtuung über** die vor kurzem vereinbarte „Revidierte Finanzierungs politik für nicht unter Artikel 5 fallende Operationen unter Führung der NATO“, die die gemeinsame Finanzierung von NATO-Operationen verstärken wird;
6. **besorgt darüber**, dass das gegenwärtige Prinzip, dass die Kosten von dem getragen werden, bei dem sie anfallen, problematisch ist, da sie praktisch die gesamte finanzielle Last für die Teilnahme an NRF-Operationen den Mitgliedstaaten überlässt, die zur Zeit des Einsatzes an der Reihe sind;
7. **in Anerkennung dessen**, dass es sich nicht um ein faires System handelt, da die Entscheidung über den Einsatz von allen 26 Mitgliedern der Allianz getroffen wird;
8. **mit Besorgnis darüber**, dass eine derartige finanzielle Belastung darauf hinausläuft, dass sie von der Teilnahme an der NRF und anderen abrufbereiten Truppen abschreckt;
9. **ferner besorgt darüber**, dass in dem Fall, dass es nicht gelingen sollte, diese Frage jetzt zu bewältigen, die Out-of-Area-Operationen der NATO in Zukunft negativ beeinflusst würden, wodurch einer der wichtigsten strategischen Zwecke des Bündnisses unterminiert würde;
10. **jedoch in dem Verständnis**, dass jede verstärkte gemeinsame Finanzierung von Operationen sorgfältig ausgewogen sein sollte zwischen national finanzierten Posten und solchen, die gemeinsam durch das Bündnis finanziert werden;
11. **ferner in dem Verständnis**, dass die Beiträge zu den gemeinsamen Haushalten als Teil der gesamten Lastenteilungs-Beurteilung gesehen werden müssen;
12. **in Anerkennung** der Bedeutung, die der Generalsekretär der NATO dieser Frage beigemessen hat;
13. **ferner in Anerkennung dessen**, dass die Diskussionen auf verschiedenen Ebenen der NATO potenziell realisierbare Ideen für eine stärkere gemeinsame Finanzierung von Operationen produzieren;
14. **FORDERT** die Regierungen der Mitgliedstaaten des Bündnisses und ihre Vertreter im Nordatlantikrat **NACHDRÜCKLICH DAZU AUF**, schnell einen konkreten Plan für eine stärkere gemeinsame Finanzierung von NATO-Operationen vorzulegen,
 - a. der die Last der Beteiligung an Out-of-Area-Operationen der NATO teilweise auf die Mitglieder der Allianz verteilen würde;
 - b. der die Finanzierung auf eine Art und Weise umlegen würde, die im Einklang mit den bestehenden gemeinsamen Haushaltsformeln steht, und
 - c. der speziell die zusätzlichen Transportkosten ansprechen würde, die für die nationalen Militärs infolge ihrer Teilnahme an abrufbereiten NATO-Streitkräften entstehen.

³ vorgelegt vom Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit.

Anlage 4

Entschließung 338⁴

betr. die Entwicklung einer transatlantischen Politik im Hinblick auf China

Die Versammlung,

1. **in Anerkennung dessen**, dass Chinas schnelle Entwicklung zu einem entscheidenden Faktor für das weltweite Wirtschaftswachstum geworden ist, was viele grundsätzliche Annahmen verändert, die lange Zeit das internationale System nach dem Zweiten Weltkrieg bestimmten;
2. **in Anerkennung dessen**, dass Chinas wirtschaftlicher Fortschritt durch Ausdehnung einen Antriebs-effekt für viele Entwicklungsländer insbesondere in Asien hat;
3. jedoch **in der Erkenntnis dessen**, dass es einigen Entwicklungsländern an den Fähigkeiten fehlt, sich Chinas kommerzieller Herausforderung anzupassen, und dass sie verstärkte Hilfe und eine „differenzierte Sonderbehandlung“ zur Wahrung ihrer Existenz-grundlage und zur Förderung ihres Wachstums benötigen werden;
4. **in dem Verständnis**, dass ein marktorientiertes China zu einer offeneren und pluralistischeren Gesellschaft geworden ist und dass sich Chinas Zivilgesellschaft heute eines sehr viel größeren Handlungsspielraums für autonome Tätigkeiten erfreut, zumindest außerhalb der Politik;
5. jedoch **besorgt** über den langsamen Fortgang der politischen Reformen, das Fehlen eines demokratischen Dialogs, einer allgemein verbreiteten Korruption insbesondere auf Provinz- und kommunaler Ebene sowie über die andauernden Menschenrechtsverletzungen, was einen enormen sozialen Druck hervorruft, der Chinas Entwicklungspotenzial letztendlich begrenzen und sogar seine Stabilität untergraben könnte;
6. **ebenfalls in Anerkennung dessen**, dass Chinas wirtschaftlicher Aufstieg das strategische Gleichgewicht in Ostasien weiter verändern könnte, insbesondere falls seine Führer die neugewonnene wirtschaftliche Stärke ihres Landes dazu nutzen sollten, ein massives Waffenarsenal aufzubauen;
7. **mit Bedauern über** den jüngsten transatlantischen Streit über die Aufhebung des Waffenembargos gegen China sowie das Fehlen eines echten transatlantischen Dialogs über China;
8. Chinas Rolle bei den Sechs-Parteien-Gesprächen zur Überzeugung Nordkoreas, sein Atomwaffenprogramm aufzugeben, **begrüßend**;
9. **mit Lob über** Chinas Bereitschaft, ein Rechtssystem einzuführen, das die Freihandelsverpflichtungen begünstigt, die es als neues WTO-Mitglied eingegangen ist;
10. jedoch **mit Bedauern über** Chinas Probleme, einige dieser Verpflichtungen umzusetzen, insbesondere auf Provinz- und kommunaler Ebene;
11. Chinas jüngsten Beschluss zur Aufgabe der harten Dollarbindung begrüßend, jedoch **in Anerkennung dessen**, dass der Renminbi noch immer überbewertet sein dürfte;
12. **in Anbetracht dessen**, dass China sowohl der weltweit zweitgrößte Erdölverbraucher als auch der weltweit zweitgrößte Erzeuger von Treibhausgasen ist, dass es jedoch noch immer beträchtlich hinter den Vereinigten Staaten liegt im Hinblick auf den gesamten Energieverbrauch;
13. jedoch **in Anerkennung dessen**, dass Chinas Energieverbrauch unaufhaltsam steigt, da es so rasch wächst, Energie ineffizient verbraucht und sich die Normen einer Massenverbrauchergesellschaft zeigen gemacht hat, weshalb es sehr wahrscheinlich zwischen 2020 und 2030 die Vereinigten Staaten überholen wird, was absoluten Energieverbrauch und Emissionsproduktion anbelangt;
14. **FORDERT** die Regierungen und die Parlamente der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses **NACHDRÜCKLICH DAZU AUF**,
 - a. eine Diskussion einzuleiten, die einen kohärenteren und ggf. koordinierteren Ansatz im Hinblick auf strategische, diplomatische und wirtschaftliche Angelegenheiten, bei denen China zu einem wichtigen Akteur geworden ist, erleichtern würde;
 - b. zur Erleichterung dieser Diskussion auf den Nordatlantikrat zurückzugreifen;
 - c. anzuerkennen, dass eine China-Politik, die ausschließlich von einer militärischen Eindämmung ausgeht, kontraproduktiv wäre und die Entstehung eines aggressiveren Chinas sogar fördern könnte;
 - d. anzuerkennen, dass die Länder in der Region und die Vereinigten Staaten eine entscheidende Rolle zur Wahrung von Frieden und Sicherheit in der Pazifik-Region spielen, die unter einer Reihe strategischer Unsicherheiten leidet;
 - e. den transatlantischen strategischen Dialog über China zu verbessern, einschließlich eines Dialogs zwischen der EU und den Vereinigten Staaten über die Exportkontrollen;
 - f. den aufkommenden inoffiziellen Dialog zwischen der NATO und China weiterzuentwickeln, um Vertrauen aufzubauen und Gebiete von ge-

⁴ vorgelegt vom Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit.

- genseitigem Interesse und einer eventuellen Zusammenarbeit zu identifizieren;
- g. einen ausführlicheren Dialog mit China über eine Reihe ordnungspolitischer Fragen unter der Schirmherrschaft der OECD zu fördern;
- h. China und das chinesische Volk zu ermutigen, ein offeneres, pluralistisches und letztendlich demokratisches System aufzubauen, das mit einer immer offeneren Gesellschaft und einem sehr liberalen Wirtschaftssystem vereinbar ist, welches rasch in China entsteht, und für diese Zwecke westliche Finanzquellen und Wissen bereitzustellen;
- i. China zu ermutigen, sich vollständig in die multilaterale Handelsordnung zu integrieren und seinen Verpflichtungen im Rahmen der WTO auf Gebieten wie den geistigen Eigentumsrechten und Investitionsregeln nachzukommen;
- j. unsere eigenen Verpflichtungen zum Aufbau einer liberalen Handelsordnung zu akzeptieren, indem sie anerkennen, dass die westlichen Staaten und Industrien nicht auf protektionistische Instrumente setzen können zur Bewältigung der wettbewerblichen Herausforderung Chinas;
- k. und folglich diese Herausforderung mit Mitteln und Wegen zu beantworten, die unsere eigenen Wirtschaften und Gesellschaften schließlich wettbewerbsfähiger, produktiver, steuerlich ausgewogener, gebildeter, innovativer und reicher machen;
- l. der sich entwickelnden Welt dabei zu helfen, die schwierigen strukturellen Anpassungen vorzunehmen, die in einer Welt, die durch China verändert wurde, erforderlich sind;
- m. einen Energiedialog mit China einzuleiten, um die Gefahren zu entschärfen, die mit Energiekonkurrenz verbunden sind;
- n. gemeinsame Energiestrategien zu entwickeln, die China und den OECD-Ländern dabei helfen werden, ihre Abhängigkeit von kohlenstoffhaltigen Brennstoffen beträchtlich zu verringern, das Wirtschaftswachstum vom Energieverbrauch weiter abzukoppeln und somit einem langfristigen Energiebedarf auf nachhaltige Art und Weise gerecht zu werden.

Anlage 5

EntschlieÙung 339⁵betr. den Aufbau einer internationalen
Verteidigung gegen die Vogelgrippe

Die Versammlung,

1. *in Anerkennung dessen*, dass die Vogelgrippe eine weltweite Bedrohung mit eventuellen schwerwiegenden Konsequenzen für die menschliche Gesundheit sowie die weltweite Wirtschaft und Stabilität darstellt, zum Teil deshalb, weil wenig über die Immunität des Menschen angesichts eines mutierten H5N1-Erregers bekannt ist;
2. *in Anbetracht dessen*, dass die jüngsten Veränderungen des H5N1-Virus die Gefahr einer Übertragung von Mensch zu Mensch hervorrufen könnten;
3. *in Anbetracht* der Schwierigkeiten, auf die Gesundheitsbeamte in der Vergangenheit bei der Bewältigung von Influenza-Pandemien gestoÙen sind;
4. *im Hinblick auf* die akute Anfälligkeit von Entwicklungsländern für eine potenzielle Vogelgrippe-Pandemie;
5. *in Anbetracht* der Herausforderungen der Entwicklung eines Impfstoffes gegen die Krankheit;
6. *in Anerkennung* der Unzulänglichkeit der gegenwärtigen Maßnahmen, insbesondere im Hinblick auf die internationale Koordinierung der Anstrengungen zur Bekämpfung der Pandemie und ihrer Finanzierung;
7. *in Anerkennung* der Notwendigkeit, jedes „Marktversagen“ zu korrigieren, das Pharmazieunternehmen daran hindern könnte, unverzüglich auf eine potenzielle Vogelgrippe-Pandemie zu reagieren;

⁵ vorgelegt vom Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit.

8. *mit Lob* für die jüngsten Anstrengungen der USA und der EU, eine internationale Antwort auf eine potenzielle Vogelgrippe-Pandemie zu finden;
9. **FORDERT** die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses **NACHDRÜCKLICH DAZU AUF**, auf die äußerst reale Bedrohung einer Vogelgrippe-Pandemie zu antworten, indem sie
 - a. internationale Gremien wie die Weltgesundheitsorganisation und die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen bei ihren Anstrengungen zur Koordinierung der weltweiten Antwort auf eine potenzielle Vogelgrippe-Pandemie unterstützen;
 - b. vielfache finanzielle Ressourcen bereitstellen, um die zügige Entwicklung eines Impfstoffes zu fördern, wenn der Grippevirus in einen neuen Erregertyp mit pandemischem Potenzial mutiert ist, und eine weltweite Impfkampagne zu fördern;
 - c. nationale; internationale und multilaterale Pläne für die öffentliche Gesundheit, Wirtschaft, Handel, Reise und militärische Sicherheit auf der Grundlage von Influenza-Pandemieszenarien entwickeln;
 - d. die Vielzahl der Probleme im Zusammenhang mit der unzureichenden Fähigkeit der Entwicklungsländer zur Bewältigung einer potenziellen Vogelgrippe-Pandemie angehen;
 - e. Anreize für Pharmazieunternehmen schaffen, um die Produktion des antiviralen Arzneimittels Oseltamivir und eines neuen Impfstoffes, sollte ein solcher entwickelt werden, zu erhöhen.

Anlage 6

Entschließung 340⁶

betr. die Förderung der Doha-Entwicklungsagenda

Die Versammlung,

1. **in Anerkennung dessen**, dass 2005 zum Jahr der Entwicklung erklärt wurde, in dessen Verlauf eine Reihe von Initiativen eingeleitet oder vorangetrieben wurden, die Millionen Menschen aus der Armut herausholen sollen;
2. **feststellend**, dass zu diesen Initiativen der Schuldenerlass für die ärmsten Länder, höhere Hilfsleistungen, offizielle Verpflichtungen der Entwicklungsländer zur Verbesserung ihrer Regierungsführung und der Transparenz sowie als wichtigster Punkt die Doha-Entwicklungsagenda der multilateralen Handelsverhandlungen zählen;
3. **mit Lob für** die Unterhändler der entwickelten und der Entwicklungsländer dafür, dass sie sich auf einen Rahmen für die Handelsverhandlungen geeinigt haben, in dem jedes Thema, das während der Doha-Runde verhandelt wird, eine grundlegende Entwicklungsdimension besitzt;
4. **in Anerkennung dessen**, dass der erfolgreiche Abschluss der Doha-Agenda auch für die reicheren Länder der Welt von enormem Nutzen wäre, da er die Handelshemmnisse senken, die Markttiefe erhöhen, eine effizientere Kapitalzuweisung bewirken, die Preise senken und schließlich eine größere Wirtschaftsaktivität erzeugen würde;
5. **in der Überzeugung**, dass die Erteilung eines größeren Zugangs zu den Märkten für die sich entwickelnde Welt insbesondere auf dem Agrarsektor den größten Beitrag darstellt, den die westlichen Länder zur Entwicklung leisten können, da 70 Prozent der Armen der Welt in ländlichen Gebieten leben, 90 Prozent der potenziellen Gewinne aus einem Doha-Abkommen durch Reformen des Marktzugangs erzielt würden und offene Handelssysteme Wachstum erzeugen und Menschen aus der Armut holen;
6. **in Anerkennung dessen**, dass für viele Entwicklungsländer, die an den Verhandlungen von Doha teilnehmen, die Liberalisierung des Agrarhandels von höchster Priorität ist;
7. jedoch **mit Bedauern** über die fehlenden Fortschritte bei den derzeitigen Verhandlungen, am meisten darüber, dass es nicht gelungen ist, eine gemeinsame Grundlage im Hinblick auf den Marktzugang, die Spitzenzollsätze sowie die besonderen und differenzierten Handelsbestimmungen zu finden, die die Last

des Übergangs für die Entwicklungsländer erleichtern sollen;

8. **in Anbetracht dessen**, dass eine Freistellung von nur 2 Prozent der Tariflinien für „besonders empfindliche und besondere Waren“ den Großteil der Gewinne beseitigen würde, die die Entwicklungsländer aus einer Senkung der Tarife erzielen könnten;
9. **in dem Verständnis**, dass der Schlüssel für eine erfolgreiche Verhandlungsrunde nicht nur in Konzessionen der entwickelten Länder bei der Landwirtschaft, sondern auch in Konzessionen der Entwicklungsländer in nicht-landwirtschaftlichen Sektoren wie Industrieerzeugnisse und Dienstleistungen liegt;
10. **in Anbetracht dessen**, dass, falls es nicht gelingen sollte, Fortschritte auf diesen schwierigen Gebieten zu erzielen, bevor die Minister auf der WTO-Ministerkonferenz im Dezember 2005 in Hongkong zusammentreffen, dies die Verhandlungen möglicherweise unterminieren würde, die bis Ende 2006 abgeschlossen sein müssen;
11. **RUFT** die Mitgliedsparlamentarier **DAZU AUF**, ihre Regierungen und Unterhändler für den Handel dringend zu ersuchen,
 - a. einen großzügigen Zugang zu den Agrarmärkten zu gewähren mit einem schnellen und substanziellen Abbau der bestehenden Zölle und strengen Begrenzungen für die Bezeichnung so genannter „besonders empfindlicher Waren“, die sich höherer Schutzzölle erfreuen können, eine Praxis, die die Nahrungsmittelexporte aus den Entwicklungsländern bisher behindert hat;
 - b. frühere Verpflichtungen zu erfüllen, um sicherzustellen, dass die Doha-Agenda zur Beseitigung aller Formen von Agrarexportsubventionen führt;
 - c. Politiken zur Erleichterung des Handels und Infrastrukturprojekte zu unterstützen, die ausdrücklich dazu bestimmt sind, den Entwicklungsländern dabei zu helfen, die neuen Möglichkeiten besser zu nutzen, die ein offeneres Handelssystem mit sich bringen würde;
 - d. sicherzustellen, dass die Entwicklungsländer unter Berücksichtigung der besonderen und differenzierten Behandlungsbestimmungen Konzessionen bei den Handelsbestimmungen für Industrieerzeugnisse und Dienstleistungen machen, von denen die entwickelten und die Entwicklungsländer letztendlich gleichermaßen profitieren werden, und somit
 - e. 2005 zu einem wirklichen Jahr der Entwicklung und der Schaffung von Wohlstand zu machen.

⁶ vorgelegt vom Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit.

Anlage 7

Entschließung 341⁷

betr. die Umwandlung der NATO und die Zukunft der Allianz

Die Versammlung,

1. **unter Betonung** der entscheidenden Rolle, die das Bündnis für die kollektive Verteidigung seiner Mitgliedstaaten und die Sicherheit der gesamten euroatlantischen Region spielt;
2. **mit Anerkennung** und **Genugtuung** für die pragmatischen Anpassungen nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, die die NATO zu einem wichtigen Sicherheitsgaranten in und außerhalb ihres traditionellen Gebiets gemacht haben;
3. **daran erinnernd**, dass nationale Restriktionen als außergewöhnliche Maßnahmen erachtet werden und dass sie gerechtfertigt und allen Bündnispartnern und nationalen Parlamenten unzweideutig bekannt sein sollten;
4. **mit Bedauern darüber**, dass die nationalen Restriktionen für den Einsatz alliierter Truppen die Effektivität gemeinsamer Operationen unter Führung der NATO, insbesondere in Afghanistan, behindern könnten, und **in Anbetracht dessen**, dass es wichtig ist, eine grundlegende Einigung über Fragen wie Einsatzregeln und Haftpolitik zu erzielen;
5. **in Anbetracht dessen**, dass die Finanzierung gemeinsamer Operationen gemäß dem Prinzip, dass die Kosten von dem getragen werden, bei dem sie anfallen, nicht länger angebracht ist und von der Teilnahme an NATO-Operationen abschreckt, insbesondere denen der NATO-Eingreiftruppe (NRF);
6. **mit Kritik** für die Tatsache, dass einige Bündnispartner ihren politischen Verpflichtungen nicht mit den nötigen Ressourcen entsprochen haben und **unter Betonung**, dass alle NATO-Mitgliedstaaten ein Interesse an einem stabilen und sicheren Afghanistan haben;
7. **in Bekräftigung**, dass insbesondere die NATO große multinationale Militäroperationen erzeugen, entfalten, befehligen und unterhalten kann, jedoch **unterstreichend**, dass das Bündnis von einer engen und effektiven Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen abhängt, um die nichtmilitärischen Funktionen auszuüben, die für den Erfolg von Post-Konflikt-Operationen, einschließlich dem Nationenaufbau, von wesentlicher Bedeutung sind;
8. **unter Betonung** der Wichtigkeit der Zusammenarbeit der NATO mit der EU, jedoch **beklagend**, dass weitere Fortschritte bei der institutionellen Zusammen-

menarbeit auf Eis gelegt sind infolge ungelöster Fragen, die aus der jüngsten Erweiterung der Europäischen Union resultieren;

9. **in Anerkennung dessen**, dass Staaten, in denen jegliche Ordnung zusammengebrochen ist, international tätige Terrorgruppen sowie die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen (MVW) die wichtigsten Herausforderungen für die Sicherheit der NATO-Mitglied- und Partnerstaaten sind;
10. **in Anerkennung dessen**, dass es mehr Krisen auf der Welt gibt, als die Alliierten den politischen Willen oder die Ressourcen haben zu bewältigen, und dass die NATO sich daher auf Prioritäten und die Mittel zur Bewältigung von Krisen einigen muss;
11. **unter Betonung**, dass das Potenzial der NATO als ein wichtiges Forum für den politischen und strategischen Dialog und für den Konsensaufbau unter den Bündnispartnern systematischer und effektiver genutzt werden sollte;
12. **mit Lob für** die Initiative von NATO-Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer zum Vorantreiben des politischen Wandels der NATO, der ihre fortlaufende militärische Anpassung ergänzen sollte;
13. **FORDERT** die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten und Partnerländer des Nordatlantischen Bündnisses **NACHDRÜCKLICH DAZU AUF**,
 - a. die militärischen Fähigkeiten weiter zu verbessern, um die militärischen Streitkräfte der NATO mobiler, effektiver, interoperabler und zukunftsfähiger zu machen sowie die Debatte unter den nationalen Regierungen und Parlamenten über eine politischere Rolle für die NATO anzuregen;
 - b. erklärte und nicht erklärte Restriktionen dringend zu überprüfen, um ihre Anwendung bei gemeinsamen Operationen zu minimieren;
 - c. die Prüfung der Vor- und Nachteile verschiedener Finanzierungsmodalitäten für gemeinsame Operationen dringend auszuweiten, um eine ausgewogenere und fairere Kostenverteilung unter den Alliierten zu erzielen;
 - d. die gegenwärtigen Beiträge für die NATO-Operationen den eingegangenen politischen Verpflichtungen anzupassen;
 - e. eine Rolle der Allianz für humanitäre und Naturkatastrophenhilfe aufzubauen und auszuweiten im Hinblick auf eine bessere Koordinierung der Aktivitäten der Mitgliedstaaten und Partnerländer in diesen Bereichen;
 - f. die Koordinierung unter den Alliierten und mit internationalen Organisationen wie der Europäischen Union, den Vereinten Nationen und der Afrikanischen Union bei der Bekämpfung des

⁷ vorgelegt vom Politischen Ausschuss.

- Terrorismus, Konfliktverhütung und Post-Konflikt-Stabilisierung zu verbessern;
- g. die NATO als eine Plattform und Antriebskraft zu nutzen, um multilaterale Nichtverbreitungsregime effektiver zu machen;
 - h. einen Dialog über die Rolle der NATO zur Förderung einer wirksamen Konfliktverhütung auch durch Schulungen und Fähigkeitsaufbau vor allem in Staaten, in denen jegliche Ordnung zusammengebrochen ist, einzuleiten in enger Partnerschaft mit der Europäischen Union, den Vereinten Nationen und anderen regionalen Organisationen, insbesondere der Afrikanischen Union;
 - i. die Planung und Koordinierung der nationalen Beiträge zur NATO-Eingreiftruppe, den EU-Planzielen, den Kampftruppen u. a. zu verbessern, um Duplizierungen und einen Mangel an Klarheit zu vermeiden.

Anlage 8

EntschlieÙung 342⁸

betr. Kosovo

Die Versammlung,

1. **in Anerkennung dessen**, dass der gegenwärtige Status des Kosovo nicht aufrechtzuerhalten ist und ebenfalls **in Anerkennung dessen**, dass jede Einigung über den künftigen Status der Provinz eine wichtige Auswirkung auf die Stabilität ganz Südosteuropas haben wird;
2. **mit Lob für** die Allianz und insbesondere die Kosovo-Friedenstruppe (KFOR) für die erfolgreiche Sicherung und Stabilisierung der Provinz;
3. **mit Unterstützung für** die Rolle der UNO bei der weiteren Stabilisierung der Lage im Kosovo im Einklang mit Resolution 1244 des UNO-Sicherheitsrates;
4. **mit Genugtuung über** den Bericht des Sondergesandten des UNO-Generalsekretärs, Botschafter Kai Eide;
5. **mit Genugtuung über** die Ernennung von Martti Ahtisaari durch den UNO-Generalsekretär zu seinem Sondergesandten für den künftigen Status des Kosovo;
6. **in Anerkennung dessen**, dass die gemeinsame Zukunft der Provinz und der Region in einer vollständigen europäischen und transatlantischen Integration liegt, was jegliche Form der Diskriminierung ausschließt und die Herstellung der Rechtsstaatlichkeit erfordert;
7. **FORDERT** die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten und Partnerländer der Nordatlantischen Allianz **NACHDRÜCKLICH DAZU AUF**,
 - a. sich weiterhin zur Sicherung von Frieden und Stabilität in der Provinz und in ganz Südosteuropa zu verpflichten, indem sie eine internationale militärische und zivile Präsenz gewährleisten, solange die Lage dies erfordert;
 - b. die Entwicklungen im Kosovo und in Serbien-Montenegro genau zu überwachen und zur Verwirklichung der Integration der gesamten Region in die euroatlantischen Institutionen beizutragen,

unter der Voraussetzung einer vollständigen Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof für das Ehemalige Jugoslawien (ICTY);

- c. zu erklären, dass das bevorzugte Ergebnis der Verhandlungen eine institutionelle Vereinbarung ist, die die Errichtung einer stabilen multiethnischen Gesellschaft im Kosovo ermöglicht, und die weitere Umsetzung der Normen, die von der Kontaktgruppe zu den vorläufigen Institutionen für die Selbstverwaltung des Kosovo aufgestellt wurden, zu unterstützen und zu überwachen;
 - d. zu betonen, dass das Kosovo eine Zeit lang weiterhin eine internationale zivile und militärische Präsenz benötigen wird, um eine angemessene Überwachung der Einhaltung der Bestimmungen der Statuslösung auszuüben, die Sicherheit zu gewährleisten und insbesondere Minderheiten zu schützen, sowie die Behörden bei der anhaltenden Umsetzung der Normen zu überwachen und zu unterstützen;
 - e. den Kosovo-Albanern und Serben dabei zu helfen, zu einer Einigung zu gelangen, die eine weitere Dezentralisierung und ggf. kommunale und administrative Anpassungen innerhalb des Kosovo ermöglicht;
 - f. eine weitere Demokratisierung des Kosovo zu unterstützen.
8. **FORDERT** die Regierung, das Parlament und alle politischen Kräfte im Kosovo und in Serbien-Montenegro **NACHDRÜCKLICH DAZU AUF**,
- a. mit der internationalen Gemeinschaft proaktiv zur Erzielung eines Abkommens zusammenzuarbeiten, das die Interessen aller Parteien respektiert und berücksichtigt;
 - b. die Rechte der Kosovo-Serben und anderer Minderheiten sowie das kulturelle und religiöse Erbe des Kosovo voll zu respektieren und zu schützen;
 - c. keine Anstrengungen zu unterlassen, um gegenseitiges Vertrauen wieder aufzubauen und die Voraussetzungen zu schaffen, die es vertriebenen Serben und anderen Minderheiten erlauben würden, in die Provinz zurückzukehren und in Frieden zu leben;
 - d. den Prozess der Dezentralisierung voranzutreiben.

⁸ vorgelegt vom Politischen Ausschuss.

Anlage 9

Entschließung 343⁹

betr. Weißrussland

Die Versammlung,

1. **unter Hinweis auf** ihren Beschluss vom 30. März 2001, ihre Beziehungen zum Parlament von Weißrussland weiterhin auszusetzen, und auf ihre Debatten bei dem Seminar der Versammlung über Weißrussland, das am 23. und 24. September 2005 in Wilna stattfand, sowie **in Anbetracht dessen**, dass die Parlamentarische Versammlung des Europarates ihre Beziehungen zu dem nationalen Parlament ausgesetzt hat;
2. **unter Betonung**, dass Weißrussland ein zentraler Bestandteil Europas ist sowie ein unmittelbarer Nachbar der NATO und der europäischen Union, und dass wir alle ein Interesse an der Reintegration von Weißrussland und seinem Volk in die Familie der europäischen Demokratien haben, sowie **mit tiefem Bedauern darüber**, dass die Politiken von Herrn Lukaschenkos Regierung und die Art und Weise, wie die Parlamentswahlen und das umstrittene Referendum vom 17. Oktober 2004, das dem Präsidenten mehr als zwei Amtszeiten gestattete, durchgeführt wurden, dieses Ziel erheblich schwerer zu erreichen gemacht haben;
3. **mit Genugtuung über** die Freilassung von Prof. Bandaschewsky auf Bewährung im August 2005, jedoch **unter nachdrücklicher Verurteilung** aller Einschüchterungs-, Belästigungs- und Repressionstaktiken, die bei den Wahlen gegen Oppositionskandidaten, die nicht staatseigene Presse, Vertreter unabhängiger Gewerkschaften, ethnischer Minderheiten und anderer Organisationen der weißrussischen Zivilgesellschaft sowie gegen unabhängige nationale Beobachter angewandt wurden;
4. **in Missbilligung** der Schwierigkeiten, auf die die Opposition bei der Erlangung des Zugangs zu den staatlich kontrollierten Medien – einschließlich elektronischen Anlagen – gestoßen ist, sowie der Präsidialerlasse, die zur Einschränkung der Meinungs- und der Vereinigungsfreiheit verkündet wurden;
5. **in der Überzeugung**, dass die Bereitstellung alternativer Informationen für die Bevölkerung von Weißrussland durch den externen Rundfunk zu einer höchsten Priorität geworden ist, und empfehlend, dass solche Rundfunksendungen unter Beteiligung unabhängiger weißrussischer Journalisten aus den Nachbarländern gesendet werden könnten, und dass die Informationen sowohl in weißrussischer als auch in russischer Sprache übertragen werden sollten;
6. **empört** über glaubwürdige Berichte über das von Regierungsmitgliedern veranlasste Verschwindenlassen

und die Ermordung politischer Gegner in den Jahren 1999 und 2000, wie in Entschließung 1371 (2004) der Parlamentarischen Versammlung des Europarates auf der Grundlage einer Untersuchung von Abg. Pourgourides (Zypern) dargelegt;

7. **RUFT** den Präsidenten von Weißrussland, Herrn Lukaschenko, und seine Regierung **DAZU AUF**,
 - die derzeitige sich verschlechternde Tendenz im Hinblick auf Demokratie und Menschenrechte umzukehren, um sicherzustellen, dass die Präsidentschaftswahlen 2006 frei und fair gemäß den internationalen Normen durchgeführt werden, sowie die im Rahmen von OSZE und den VN eingegangenen Verpflichtungen einzuhalten;
 - Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Weißrussland wiederherzustellen und den Schutz der Menschenrechte, die Unabhängigkeit der Justiz, die Freiheit der Presse und eine freie Privatwirtschaft zu garantieren;
 - alle verbleibenden politischen Gefangenen unverzüglich zu befreien und unverzüglich unparteiische gründliche Untersuchungen über das Schicksal verschwundener Personen einzuleiten und die Verantwortlichen für die Entführungen und Morde vor Gericht zu bringen;
 - die „Militarisierung“ nationaler Politiken zu beenden, d. h. die Erhöhung der Zahl der Militärstreitkräfte zu prüfen;
 - sicherzustellen, dass es allen wählbaren Kandidaten erlaubt ist, sich für die Präsidentschaftswahl im nächsten Jahr eintragen zu lassen, einen freien Wahlkampf zu führen, sich eines gleichen Zugangs zu den staatlich kontrollierten Medien zu erfreuen und es ihren Vertretern zu erlauben, voll und ganz an den Wahlkommissionen teilzunehmen;
 - eine frühzeitige Einladung für eine umfassende Wahlbeobachtungsmission der OSZE/des BDIMR zu erteilen, zu der die EU-Mitgliedstaaten gemäß dem Kopenhagener Dokument von 1990 bereit sind beizutragen, und ihr zu erlauben, ungehindert zu operieren;
 - die Befugnisse des Parlaments auszuweiten, so dass es zu einer demokratischen Institution wird, die in der Lage ist, eine gesetzgeberische Kompetenz und politische Kontrolle über die Regierung auszuüben im Einklang mit dem Grundsatz der Gewaltenteilung;
8. **FORDERT** die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses **NACHDRÜCKLICH DAZU AUF**,
 - jede Gelegenheit zu ergreifen, um den weißrussischen Behörden klar zu machen, dass man von ih-

⁹ vorgelegt vom Politischen Ausschuss.

- nen erwartet, dass sie all ihre Verpflichtungen im Rahmen der OSZE in den Bereichen der Menschenrechte und der Demokratie erfüllen;
- die Hilfe für unabhängige Initiativen, die auf die Stärkung der Entwicklung der Zivilgesellschaft und des NRO-Sektors ausgerichtet sind, beträchtlich zu erhöhen;
 - bilaterale Kontakte zwischen NROs zu fördern, um dazu beizutragen, die Isolierung des Landes zu überwinden;
 - die Kontakte von Mensch zu Mensch zu verstärken durch die Verbesserung der gutnachbarschaftlichen Beziehungen (z. B. durch studentische und wissenschaftliche Austausche, Stipendien, Jugendreisen, Kontakte zwischen kleinen und mittleren Unternehmen, Schulung von Beamten kommunaler Behörden usw.);
 - dazu beizutragen, eine unvoreingenommene Berichterstattung über Ereignisse im In- und Ausland durch die Medien in und außerhalb von Weißrussland zu verbreiten, um das Informationsmonopol der Regierung zu überwinden;
- die EU- und die amerikanischen Programme zur Unterstützung der Entwicklung der Zivilgesellschaft wirksam zu koordinieren;
 - sich um eine aktive Unterstützung durch die russische Regierung und das russische Parlament zur Unterstützung der Ansätze zu bemühen, die darauf abzielen, von den weißrussischen Behörden zu verlangen, ihre Gesetzgebung und Rechtspraktiken in Einklang mit den OSZE-Standards zu bringen;
 - gegenüber der Regierung von Belarus zu betonen, dass die weitere Entwicklung der Beziehungen zwischen den Mitglied- und Partnerstaaten der NATO und Weißrussland von den Fortschritten zur Demokratisierung des Landes abhängen wird;
9. **WIEDERHOLT** gleichzeitig ihre Bereitschaft, engere und bessere Beziehungen zu Weißrussland und seinem Parlament zu unterhalten, wenn die weißrussischen Behörden eindeutig ihre Bereitschaft zur Wahrung der demokratischen Werte und der Rechtsstaatlichkeit demonstrieren.

Anlage 10

Entschließung 344¹⁰

betr. **die Sicherheit von Massenvernichtungswaffen und verwandtem Material in Russland**

Die Versammlung,

1. **besorgt angesichts** der Möglichkeit von Terrorangriffen, bei denen nukleare, radiologische, biologische oder chemische Waffen eingesetzt werden könnten;
2. **in Anbetracht dessen**, dass Russlands Arsenale und Lager für Massenvernichtungswaffen und verwandtes Material die größten der Welt sind, dass die Verbesserungen der Sicherheitsstandards dieser Lager noch abgeschlossen werden müssen und sie somit eine potenzielle Proliferations- und Umweltbedrohung darstellen;
3. **sich dessen bewusst**, dass die Russische Föderation nicht das einzige Land ist, das eine Bedrohung zur Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und verwandtem Material darstellt;
4. **mit Genugtuung über** die Leistungen der Russischen Föderation und der internationalen Gemeinschaft zur Sicherung von Massenvernichtungswaffen und verwandtem Material, insbesondere durch das Programm zur kooperativen Bedrohungsreduzierung unter Führung der USA und die globale Partnerschaft der G-8 gegen Massenvernichtungswaffen und -material;
5. **mit Lob für** die jüngste Entscheidung der Vereinigten Staaten und die Russische Föderation über den Abschluss eines Abkommens zum Schutz vor Schadensersatzansprüchen für amerikanisches Personal, das an Abrüstungsprogrammen in Russland arbeitet;
6. jedoch **mit Bedauern darüber**, dass die Zusammenarbeit noch immer durch bürokratische Trägheit, die ungelöste Frage eines Zugangs für internationale Beamte zu sicherheitsempfindlichen Orten und das Fehlen gegenseitigen Vertrauens behindert wird, das aus fortbestehenden Auffassungen aus der Zeit des Kalten Krieges resultiert;
7. **besorgt über** das langsame Tempo bei der Zerstörung chemischer Waffen, das die Einhaltung der von der Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OVCW) festgelegten Fristen gefährdet;
8. **in Anbetracht dessen**, dass Russlands stillgelegte Atom-U-Boote ernsthafte Proliferations- und Umweltbedrohungen darstellen, und dass Russland weit davon entfernt ist, über die Mittel zu verfügen, diese Bedrohungen ohne ausländische Hilfe zu bewältigen;
9. **zutiefst besorgt darüber**, dass der russische Sektor für biologische Verteidigung von den Programmen zur kooperativen Bedrohungsreduzierung weiterhin praktisch ausgeschlossen ist;
10. **unter Hinweis auf** die von der Versammlung 2001 verabschiedete Resolution 313, die die Frage der Sicherung des Nuklearkomplexes in Russland und anderen Neuen Unabhängigen Staaten anspricht;
11. **FORDERT** die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses **DAZU AUF**,
 - a. ihre Anstrengungen zu verstärken, um Russland bei der Sicherung seiner Lager für Massenvernichtungswaffen und verwandtes Material zu helfen durch die Ausweitung und Verstärkung bilateraler Partnerschaftsprogramme und globaler Partnerschaftsprogramme der G8;
 - b. die Gemeinsamkeit der Sicherheitsherausforderungen des 21. Jahrhunderts zu betonen, indem sie für die Vorteile der Zusammenarbeit und die Gleichheit aller beteiligter Parteien werben;
 - c. die Verpflichtungen im Rahmen der globalen Partnerschaft der G8 zu erfüllen, insbesondere im Hinblick auf die Zerstörung chemischer Waffen und den Einsatz russischer Atom-U-Boote sowie die damit verbundenen Umweltprobleme;
 - d. Russland dabei zu helfen, den Prozess der Atomlagersicherung bis 2009 abzuschließen;
 - e. verlässliche Rechenschaftsmechanismen zu entwickeln und eventuell ein verifizierbares Abkommen über die Kontrolle und den Abbau taktischer Atomwaffen mit Russland zu verhandeln;
 - f. die russische Regierung zu ermutigen, die Zusammenarbeit mit ihren Partnern in der internationalen Gemeinschaft auszudehnen, um den russischen Sektor für die biologische Verteidigung besser zu sichern;
 - g. die Zusammenarbeit in der internationalen Gemeinschaft auszuweiten, um eine vollständige Umsetzung und verlässliche Kontrolle der Bio-Toxinwaffenverträge zu gewährleisten;
 - h. eine Übereinkunft mit der russischen Regierung anzustreben über die Beseitigung unnötiger technischer und bürokratischer Voraussetzungen, die das Tempo der Zerstörung chemischer Waffen behindern;
 - i. ihre Anstrengungen zu verstärken, um Russland dabei zu helfen, die Lebensbedingungen ehemaliger Waffenforscher zu verbessern und ihre Umorientierung hin zu friedlichen Aktivitäten weiter zu fördern, um zu vermeiden, dass sie versucht sind, ihr Wissen anderswo anzuwenden;

¹⁰ vorgelegt vom Ausschuss für Wissenschaft und Technologie.

-
- | | |
|--|--|
| <ul style="list-style-type: none">j. die Ausdehnung der Initiativen zur kooperativen Bedrohungsreduzierung zu unterstützen, indem sie die in Russland gewonnenen Erfahrungen nutzen;k. die russischen Behörden zu ermutigen,<ul style="list-style-type: none">i. günstige Bedingungen für die internationale Hilfe und den Zugang zu Lagern für Massenvernichtungswaffen und verwandtes Material aufrecht zu erhalten, welche bessere Sicherheitsstandards benötigen; | <ul style="list-style-type: none">ii. Russlands erhöhten finanziellen Beitrag aufrecht zu erhalten gemäß seinen wirtschaftlichen Möglichkeiten;iii. alle verbleibenden bürokratischen Hindernisse zu beseitigen und die internationale Hilfe zu erleichtern;iv. einen offiziell genehmigten Plan für die Chemiewaffenzerstörung im Einklang mit den internationalen Übereinkommen einzuführen. |
|--|--|

Anlage 11

Erklärung 345¹¹**betr. die Entsorgung überflüssiger Waffen und Munition in der Ukraine**

Die Versammlung,

1. **unter Hinweis auf** ihre langjährige Zusammenarbeit mit der Verkhovna Rada;
2. **mit Beifall** das Programm der Ukraine für weit reichende politische, wirtschaftliche und Verteidigungsreformen sowie die Fortschritte bei ihrer Umsetzung **zur Kenntnis nehmend**;
3. **mit Unterstützung für** das Ziel der Ukraine der euroatlantischen Integration und
4. **in dem festen Willen**, der Ukraine bei der Erreichung dieses Ziels zu helfen;
5. **mit Genugtuung über** das Programm der NATO für einen verstärkten Dialog mit der Ukraine und die weitere Verbesserung der Unterstützung des Reformprozesses des Verteidigungs- und Sicherheitssektors der Ukraine durch die Allianz, die die Verteidigungsminister auf ihren inoffiziellen hochrangigen Beratungen in Vilnius am 23. und 24. Oktober vereinbart hatten;
6. **mit nachdrücklicher Unterstützung für** die Bindung der Allianz von 25 Millionen _ über ihren Treuhandfonds der Partnerschaft für den Frieden, um der Ukraine bei der Entsorgung von Vorräten überschüs-

siger Waffen und Munition behilflich zu sein zur Reduzierung der physischen Gefahren und Umweltbedrohungen, die diese Waffen und Munitionen darstellen;

7. jedoch **besorgt darüber**, dass dieses Zwölfjahresprogramm nur eine Teillösung für die Behandlung dieser Vorräte darstellt, die über 1,5 Millionen Kleinwaffen, mehr als eine Million Tonnen Munition und mehrere Millionen Antipersonenminen ausmachen;
8. sowie **in Anbetracht dessen**, dass trotz weit reichender Unterstützung durch die Öffentlichkeit für Reformen in der Ukraine weite Teile der öffentlichen Meinung noch immer ein Bild von der NATO haben, das auf den Stereotypen des Kalten Krieges beruht;
9. **in der Überzeugung**, dass eine stärkere Beteiligung der Allianz an der Hilfe für die Ukraine zur Entsorgung überschüssiger Waffen- und Munitionslager den zusätzlichen Vorteil hätte, zur Förderung einer positiveren Wahrnehmung der Allianz in der Öffentlichkeit beizutragen;
10. **FORDERT** die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses **NACHDRÜCKLICH DAZU AUF**,
 - a. Möglichkeiten zu prüfen, wie sie der Ukraine weitere bilaterale technische und finanzielle Hilfe bereitstellen können, um die Entsorgung überschüssiger Waffen und Munition zu beschleunigen;
 - b. ihre Kreditzusagen für den Treuhandfonds der Partnerschaft für den Frieden der NATO, die für die Entsorgung überschüssiger Waffen und Munition bestimmt sind, zu erhöhen.

¹¹ Der Plenarversammlung vom Ständigen Ausschuss vorgelegt und verabschiedet am 15. November 2005 in Kopenhagen, Dänemark.

Anlage 12

Erklärung 346¹²

betr. die Parlamentswahlen in Aserbaidschan

Die Versammlung,

1. **in Anerkennung dessen**, dass die Parlamentswahlen vom 6. November einen wichtigen Test für Aserbaidschan in seinem Demokratisierungsprozess darstellten;
2. **in der Erkenntnis**, dass trotz einiger Fortschritte und mehrerer Demonstrationen guten Willens seitens der aserbaidischen Behörden die Wahlen eine Reihe internationaler Normen für freie und demokratische Wahlen nicht erfüllten;
3. **in Anbetracht dessen**, dass, obgleich es in mancher Hinsicht Verbesserungen gab, internationale Beobachter Probleme in Bezug auf die Wählerregistrierung und die Versammlungsfreiheit im Zeitraum vor den Wahlen anzeigten;
4. insbesondere **mit Bedauern darüber**, dass die im Zeitraum vor den Wahlen festgestellten Fortschritte durch erhebliche Mängel bei der Wahlauszählung unterminiert wurden, die internationale Beobachter in 43 Prozent aller Auszählungen als schlecht oder sehr schlecht beurteilten und die eine Beeinflussung der Ergebnisse, Einschüchterung der Beobachter und die Leitung des Wahlprozesses durch nicht autorisierte Personen einschlossen;
5. **mit Lob für** die Arbeit der Internationalen Wahlbeobachtungsmmission, die gemeinsam von der OSZE/

BDIMR, der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, dem Europäischen Parlament und der NATO PV organisiert wurde, sowie für den Beitrag der Mitglieder und Mitarbeiter der NATO PV, die an der Mission teilnahmen;

6. **mit Lob für** den Beschluss des aserbaidischen Präsidenten Ilham Alijew, die Stimmen erneut zu zählen und jeden zu bestrafen, der sich eines Betrugs schuldig gemacht hat;
7. **FORDERT** die aserbaidische Regierung **NACHDRÜCKLICH DAZU AUF**,
 - a. ihr Engagement weiterzuführen, die Stimmen erneut zu zählen und die Wahlergebnisse in Wahlkreisen zu annullieren, in denen die internationalen Normen nicht eingehalten wurden;
 - b. weiterhin Gespräche mit der Opposition zu führen, die auf eine Lösung der Streitigkeiten im Hinblick auf die Wahlergebnisse abzielen;
 - c. mit der NATO PV und anderen internationalen Organisationen wie der OSZE und dem Europarat an der Verbesserung des Wahlprozesses zu arbeiten, um die internationalen demokratischen Normen zu erfüllen;
8. **FORDERT** die Regierungen und Parlamente der Mitglieds- und Partnerländer des Nordatlantischen Bündnisses **NACHDRÜCKLICH DAZU AUF**, den aserbaidischen Behörden klar zu machen, dass eine Nichtumsetzung der oben genannten Forderungen Auswirkungen auf die Beteiligung Aserbaidschans an den euroatlantischen Strukturen haben könnte.

¹² Der Plenarversammlung vom Ständigen Ausschuss vorgelegt und verabschiedet am 15. November 2005 in Kopenhagen, Dänemark.